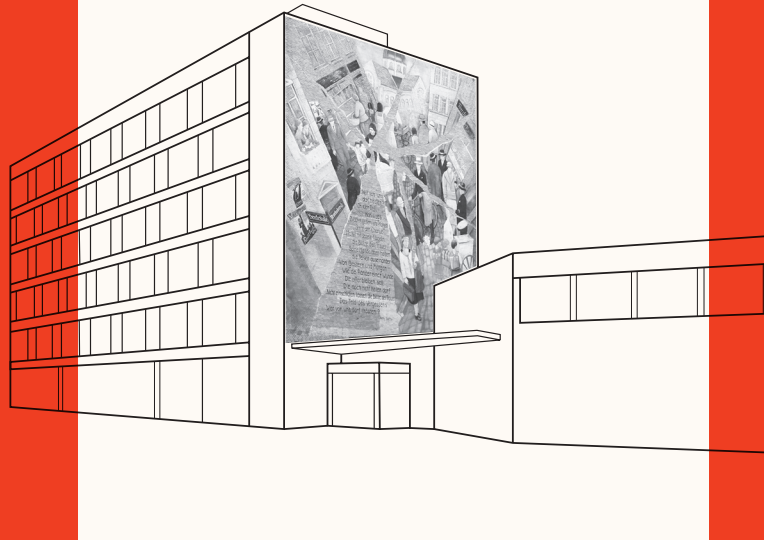




Karsten Nowrot

**Neokolonialismus als
völkerrechtlicher
Kooperationsbegriff –
Überlegungen aus Anlass der
Diskussion über den
neokolonialen Charakter von
Wirtschaftsabkommen der
Europäischen Union mit Staaten
des globalen Südens**

Rechtswissenschaftliche
Beiträge der
Hamburger Sozialökonomie

Heft 64

Karsten Nowrot

**Neokolonialismus als
völkerrechtlicher
Kooperationsbegriff –
Überlegungen aus Anlass der
Diskussion über den
neokolonialen Charakter von
Wirtschaftsabkommen der
Europäischen Union mit
Staaten des globalen Südens**

Rechtswissenschaftliche
Beiträge der
Hamburger Sozialökonomie

Heft 64

Professor Dr. Karsten Nowrot, LL.M. (Indiana)

Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht, Europarecht und Internationales Wirtschaftsrecht am Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg; Zweitmitglied der Fakultät für Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg; stellvertretender Leiter des Masterstudiengangs „European and European Legal Studies“ am Europa-Kolleg Hamburg.

Impressum

Kai-Oliver Knops, Marita Körner, Karsten Nowrot (Hrsg.)
Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

Karsten Nowrot
Neokolonialismus als völkerrechtlicher Kooperationsbegriff –
Überlegungen aus Anlass der Diskussion über den neokolonialen
Charakter von Wirtschaftsabkommen der Europäischen Union mit
Staaten des globalen Südens
Heft 64, März 2025

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.
ISSN 2366-0260 (print)
ISSN 2365-4112 (online)

Reihengestaltung: Ina Kwon
Produktion: UHH Druckerei, Hamburg
Schutzgebühr: Euro 5,–

Die Hefte der Schriftenreihe „Rechtswissenschaftliche Beiträge der
Hamburger Sozialökonomie“ finden sich zum Download auf der
Website des Fachgebiets Rechtswissenschaft am Fachbereich
Sozialökonomie unter der Adresse:

[https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/
nowrot/fiwa/publikationsreihe.html](https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/nowrot/fiwa/publikationsreihe.html)

Fachgebiet Rechtswissenschaft
Fachbereich Sozialökonomie
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Universität Hamburg
Von-Melle-Park 9
20146 Hamburg

Tel.: 040 / 42838 - 3521
E-Mail: Beate.Hartmann@uni-hamburg.de

Inhalt

A.	Einführung: Ausgangsüberlegungen und Bestandsaufnahme	5
B.	Neokolonialer Charakter? Es kommt darauf an! Übergreifende Herausforderungen bei der Konturierung des Konzepts des Neokolonialismus.	9
C.	Gebotenheit einer juristischen Konkretisierung: Neokolonialismus als – auch – Völkerrechtsbegriff	14
D.	Rechtsdogmatische Betrachtungsperspektive: Neokolonialismus als völkerrechtlicher Kooperationsbegriff	17
E.	Völkerrechtsdogmatische Erfassung des Neokolonialismus im Einzelnen	20
	I. Rückbindung an das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten.	23
	II. Relevanz des Selbstbestimmungsrechts der Völker.	27
	III. Personeller Anwendungsbereich des völkerrechtlichen Neokolonialismusverbots.	32
F.	Schlussbemerkungen: Der Vorwurf des Neokolonialismus und die Gefahr der „kleinen Münze“	33
	Literaturverzeichnis	34

A. Einführung: Ausgangsüberlegungen und Bestandsaufnahme*

Es entspricht einer heute zu Recht weit verbreiteten Wahrnehmung,¹ dass insbesondere in jüngerer Zeit – und dies im Prinzip natürlich auch sehr erfreulicherweise – die Geschichte und Phänomene des Kolonialismus sowie, aus einer gleichsam post-kolonialen Perspektive betrachtet,² seine bis heute fortdauernden Auswirkungen gerade auch im Hinblick auf die Entwicklung und aktuelle Gestalt überstaatlicher Rechtsordnungen wie dem Völkerrecht allgemein zunehmend in das Blickfeld wissenschaftlicher Analysen gerückt sind.³ Es gibt darüber hinaus aber auch viele gute Gründe, sich ebenfalls mit dem Phänomen des Neokolonialismus eingehender auseinanderzusetzen. Dies verdeutlicht unter anderem nicht zuletzt – und nicht zu gering – die Diskussion über den neokolonialen Charakter von Wirtschaftsabkommen der früheren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der heutigen Europäischen Union (EU) mit Staaten des globalen Südens.

Zunächst ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass zumindest so gut wie alle Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaften am Beginn des Prozesses der europäischen Integration in den 1950er Jahren,⁴ welche bekanntermaßen auch heute noch Mitgliedsstaaten der EU sind, eine – nennen wir es mal – substantielle koloniale Vergangenheit vorweisen konnten. Schon vor diesem Hintergrund verwundert es daher auch nicht, dass das Thema der möglichen Existenz neokolonialer Muster in den Außenhandelsverträgen der EU mit Ländern des globalen Südens im Grundsatz schon alt ist. Es ist in der Tat so alt wie die Verhandlungen über den Abschluss der ersten entsprechenden Abkommen der damaligen EWG zu Beginn der 1960er Jahre selbst. So wurden vier der Gründungsmitglieder der EWG – Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und die Niederlande – bereits im Rahmen der von der Dritten All-African Peoples' Conference im März 1961 in Kairo verabschiedeten „Resolution on Neocolonialism“, einem der ersten zentralen Dokumente auf internationaler Ebene zu diesem Konzept, explizit als „main perpetrators of neo-colonialism“ qualifiziert.⁵ *Frantz Fanon* sprach im vorliegenden Zusammenhang in seinem erstmals 1961 erschienenen Werk

* Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, welchen der Verfasser im Rahmen der Arbeitssitzung der Fachgruppe Europarecht „Postkoloniale Probleme im Unionsrecht?“ im Kontext der 39. Tagung für Rechtsvergleichung der Gesellschaft für Rechtsvergleichung „Globaler Süden – globaler Norden“ an der Humboldt-Universität zu Berlin am 13. September 2024 gehalten hat. Die Vortragsform wurde gelegentlich beibehalten.

1 Exemplarisch zu dieser Wahrnehmung statt vieler *Osterhammel/Jansen*, Kolonialismus, 7 („Kolonialismus‘ ist heute so präsent wie lange nicht mehr.“); *Dann/Feichtner/von Bernstorff*, in: dies. (Hrsg.), (Post)Koloniale Rechtswissenschaft, 1; *Kleinlein*, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht 52 (2024), 11 (12) („im Zentrum auch der deutschsprachigen Völkerrechtswissenschaft angekommen“).

2 Eingehender zu den einzelne Wissenschaftsdisziplinen transzendierenden Betrachtungsperspektiven des Postkolonialismus siehe beispielsweise *Young*, Postcolonialism, 57 ff.; *Roy*, *Adelaide Law Review* 29 (2008), 315 ff.; *Kleinlein*, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht 52 (2024), 11 (14 f.); sowie aus vergleichender Perspektive im Hinblick auf die „Vorteile“ gegenüber dem Begriff des Neokolonialismus *Kavoori*, *Critical Studies in Mass Communication* 15 (1998), 195 (201) („the term ‘post-colonial’ has considerable marketability because it is less accusatory than ‘neo-colonial’“).

3 Die Beiträge hierzu sind auch bezogen auf das rechtswissenschaftliche Schrifttum mittlerweile mehr als Legion. Vgl. exemplarisch statt sehr vieler *Anghie*, *Imperialism, Sovereignty and the Making of International Law*, 1 ff.; *Starski/Kämmerer*, *Journal of the History of International Law* 19 (2017), 50 ff.; *Craven*, in: Fassbender/Peters (Hrsg.), *Oxford Handbook of the History of International Law*, 862 ff.; *Kleinlein*, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht 52 (2024), 11 ff.; sowie die Beiträge in: *Dann/Feichtner/von Bernstorff* (Hrsg.), (Post)Koloniale Rechtswissenschaft, 2022.

4 Eine wesentliche Ausnahme bildet Luxemburg. Vgl. diesbezüglich allerdings auch die aus faktischer Perspektive diesen Befund etwas relativierende Analyse von *Schmitz*, „Luxemburg war nie eine Kolonialmacht“, 53 ff.

5 Der Text dieser Resolution ist u.a. abgedruckt in: *Legum*, *Pan-Africanism*, 254 ff.; sowie in: *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 87 ff. Vgl. zum Kontext und zur Bedeutung dieser Konferenz auch bereits aus zeitgenössischer Perspektive statt vieler *Houser*, *Africa Today* 8 (Nr. 4, 1961), 11 ff.

„The Wretched of the Earth“ von „neo-colonialist trade conventions“.⁶ Und der damalige Präsident von Ghana und Politiktheoretiker, *Kwame Nkrumah*, charakterisierte diese Vorgehensweise der EWG in seinem Werk „Neo-Colonialism – The Last Stage of Imperialism“ von 1965 als „the collective neo-colonialism of the European Common Market“.⁷

Das Thema ist allerdings nicht nur alt, sondern gleichzeitig auch hochaktuell. Zwei Aspekte seien hier exemplarisch genannt. Zum einen wird diese Fragestellung in jüngerer Zeit unter anderem im Kontext des im Dezember 2023 unterzeichneten Interims-Handelsabkommen der EU mit Chile, der aktuellen Verhandlungen der EU mit Indien über den Abschluss eines Außenhandelsvertrages, der Verhandlungen der EU mit MERCOSUR über ein Freihandelsabkommen sowie insbesondere der Economic Partnership Agreements (EPAs) in Politik und Zivilgesellschaft immer wieder diskutiert.⁸ So erklärte beispielsweise der damalige Präsident Tansanias, *John Magufuli*, im Februar 2017: „We have discussed EPA for a long time but to me it seems like another form of colonialism.“⁹

Zum anderen soll hier die Gründung des „Forum of Supporters for the Fight against Modern Neo-Colonialist Practices“ nicht unerwähnt bleiben, die im Februar 2024 durch die Russische Föderation sowie Vertreter aus rund fünfzig weiteren Staaten im Rahmen einer Konferenz in Moskau erfolgt ist und sich gerade auch gegen die Außenhandelspolitik der EU richtet.¹⁰ Die im Juni 2024 in diesem Kontext eingeleiteten Arbeiten am Entwurf einer entsprechenden Resolution der UN-Generalversammlung¹¹ führten am 4. Dezember 2024 – bei Enthaltung insbesondere aller westlichen Staaten – zur Annahme der Resolution 79/115 mit dem Titel

6 *Fanon*, *The Wretched of the Earth*, 179.

7 *Nkrumah*, *Neo-Colonialism – The Last Stage of Imperialism*, 19. Vgl. überdies statt vieler *Touré*, *Foreign Affairs* 41 (1962), 141 (146 u. 149 f.); *Woddis*, *An Introduction to Neo-Colonialism*, 99 ff.; *Galtung*, *The European Community*, 73 („European countries now do collectively what they used to do singly“).

8 Exemplarisch *Ellmeier*, Infobrief EU & International 1/2024, 26 (28) („Das vorliegende Abkommen [mit Chile] erfüllt all diese wichtigen Anforderungen jedoch nicht. Es entspricht immer noch der alten, neokolonialen EU-Handelsdoktrin und ist deshalb aus einer ökologischen und sozialen Perspektive abzulehnen.“); European Trade Justice Coalition, 100+ Organisations Call on MEPs to vote against EU-Chile Deal, Open Letter from 100 civil society organisations to Members of the European Parliament, 17 January 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://europeantradejustice.org/100-organisations-call-on-meps-to-vote-against-eu-chile-deal/>> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024) („This agreement fosters unsustainable and unjust modes of production and exchange, set out to reinforce neocolonial terms of trade, [...]. The EU-Chile AFA is part of an outdated model of trade which needs to be overcome if we want Europe's green transition to be truly just. Neocolonial trade deals are a thing of the past.“); Attac, EU-Mercosur: Neokoloniale Freihandelsabkommen stoppen – gutes Leben für alle!, 24. Mai 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.attac.de/neuigkeiten/detailansicht/news/eu-mercotur-neokoloniale-freihandelsabkommen-stoppen>> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024); *Hilpert/Rudloff/Wagner*, SWP-Aktuell, Nr. 11, Februar 2023, 6; PowerShift, Neokoloniale Neuauflage: Das Handelsabkommen zwischen der EU und Chile, Podcastfolge #47, 23. Februar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://power-shift.de/media/neokoloniale-neuauflage/>> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024); vgl. auch die Darstellung und Nachweise bei *Weinhardt*, in: Lieb/von Ondarza/Schwarzer (Hrsg.), *The European Union in International Fora*, 99 (111); sowie *Michael Sauga*, Die Gegner des Mercosur-Vertrags folgen der Logik Donald Trumps, *Der Spiegel* (Online) v. 10. Dezember 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://www.spiegel.de/wirtschaft/mercotur-kritiker-des-handelsabkommens-folgen-der-logik-von-donald-trump-a-cbcf36a5-9368-4742-bcfd-56ebdb918dea>> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024) („Brasilien spricht nicht zu Unrecht von Neokolonialismus.“).

9 Signing EPA with Europe is bad, declares Magufuli, *The Citizen*, 26 February 2017, erhältlich im Internet unter: <<https://www.thecitizen.co.tz/tanzania/news/national/signing-epa-with-europe-is-bad-declares-magufuli-2581660>> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).

10 Siehe u.a. das Final Statement of the Participants of the Forum of Supporters of the Struggle Against Modern Practices of Neocolonialism vom 16./17. Februar 2024, erhältlich im Internet unter: <https://russianembassyza.mid.ru/en/press-centre/news/final_statement_of_the_participants_of_the_forum_of_supporters_of_the_struggle_against_modern_practi/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024); sowie die Analyse von *Natalie Sabanadze*, Russia is using the Soviet playbook in the Global South to challenge the West – and it is working, 16 May 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://www.chathamhouse.org/2024/05/russia-using-soviet-playbook-global-south-challenge-west-and-it-working>> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).

11 Vgl. hierzu z.B. den Beitrag „Russia, partners draft UN resolution to combat neo-colonialism“, 19 June 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://caliber.az/en/post/248378/>> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).

„Eradicating Colonialism in All Its Forms and Manifestations“,¹² welche den Begriff und das Phänomen des Neokolonialismus zwar nicht ausdrücklich erwähnt, aber schon durch die explizite Bezugnahme auf alle Formen und Manifestationen des Kolonialismus – nicht zuletzt nach der Intention derjenigen Staaten, die die Resolution vorgeschlagen haben – ersichtlich gerade auch mitumfasst.

Dieses somit im Prinzip seit über sechzig Jahren etablierte und auch in jüngerer Zeit weiterhin bzw. erneut hochaktuelle Thema weist im Hinblick auf seine Behandlung in den Wissenschaften allerdings gewisse – nennen wir es mal – Auffälligkeiten auf. Vier Gesichtspunkte erscheinen in diesem Zusammenhang besonders hervorhebenswert. Zunächst ist zu konstatieren, dass das Konzept des Neokolonialismus allgemein und auch im Hinblick auf seine Relevanz im Kontext der Wirtschafts- und Entwicklungsabkommen der EU mit Ländern des globalen Südens traditionell und auch gegenwärtig noch ganz überwiegend in den Sozial-, Geistes-, Kultur- und Wirtschaftswissenschaften ausführlicher diskutiert wird, nicht jedoch in größerem Umfang in den Rechtswissenschaften. Gewisse Ausnahmen bilden Teile der früheren sozialistischen Völkerrechtslehre¹³ und auch heute noch Teile der Völkerrechtswissenschaft im globalen Süden.¹⁴

Weiterhin wird die Diskussion in diesen Wissenschaftsdisziplinen ganz überwiegend von Personen geführt, die dem Konzept des Neokolonialismus affirmativ zugewandt sind und überdies unter anderem sein Vorliegen in Bezug auf entsprechende Wirtschaftsabkommen der EU,¹⁵ aber auch weit darüber hinaus,¹⁶ bejahen. Wissenschaftler, die dem Konzept affirmativ begegnen, aber sein Vorliegen jedenfalls hinsichtlich der aktuelleren Außenhandelsverträge der EU mit Ländern des globalen Südens zurückhaltend sehen, gibt es, aber sie sind eher sehr selten.¹⁷

Diejenigen, die dem Konzept des Neokolonialismus in den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen allgemein mit Skepsis begegnen, äußern sich im Regelfall gar nicht dazu; und werden für ihr Beschweigen wiederum, und dies bildet den dritten Gesichtspunkt, von den Affirmativen auch gelegentlich ausdrücklich kritisiert. So beklagte beispielsweise *Mark Langan* in seinem im Jahre 2018 erschienen Werk „Neo-Colonialism and the Poverty of ‘Development’ in Africa“ dass „many scholars are decidedly squeamish about discussions of the concept in academic conferences, and in leading journals“.¹⁸ Es gibt also, schon beinahe kurioserweise, praktisch keine kontroversen Diskussionen in den entsprechenden Wissenschaftsdisziplinen zum Konzept des Neokolonialismus im Allgemeinen und seiner Einschlägigkeit im Zusammenhang mit EU-Außenhandelsverträgen im Besonderen.

Und das gilt nicht nur für die Wissenschaft, sondern unter anderem auch für die Politik.

12 UN Doc. GA-Res. 79/115 vom 4. Dezember 2024.

13 Siehe beispielsweise *Heintze/Mohr*, in: Oeser/Poeggel (Hrsg.), *Völkerrecht – Grundriß*, 125 (127).

14 Vgl. unter anderem in jüngerer Zeit *Deinla*, *Philippine Law Journal* 88 (2014), 1 ff.

15 Exemplarisch *Odijie*, *Journal of European Integration* 44 (2022), 347 ff.; *Langan/Price*, *Interventions* 22 (2020), 703 ff.; *Langan*, *European Journal of International Relations* 21 (2015), 101 ff.; *ders.*, *Neo-Colonialism and the Poverty of ‘Development’ in Africa*, 119 ff.; *Ogurlu*, *International Journal of Political Studies* 4 (2018), 2 ff.; *Demske*, *Georgetown Law Journal* 86 (1997), 155 (162 ff.); *Martin*, *The Journal of Modern African Studies* 20 (1982), 221 ff.

16 Exemplarisch zur Wahrnehmung des am 14. Juni 2017 zwischen Australien, Neuseeland und zwölf pazifischen Inselstaaten abgeschlossenen Pacific Agreement on Closer Economic Relations (PACER Plus) als neokoloniales Wirtschaftsabkommen vgl. *Shrimpton*, *Public Interest Law Journal of New Zealand* 8 (2021), 81 ff. Der Text des PACER Plus selbst ist unter anderem erhältlich im Internet unter: <<<https://www.mfat.govt.nz/en/trade/free-trade-agreements/free-trade-agreements-concluded-but-not-in-force/pacer/pacer-plus-full-text/>>> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024). Siehe allgemein auch *Bhala*, *Liverpool Law Review* 28 (2007), 77 (88) („To put the question provocatively, are FTAs a tool used by hegemonic trading nations in their race against one another to create neo-colonialist spheres of influence in developing and least developed regions, and thereby vie for economic and political influence with one another?“).

17 Vgl. unter anderem *Puig/Ohiocheoya*, *Liverpool Law Review* 32 (2011), 225 ff.

18 *Langan*, *Neo-Colonialism and the Poverty of ‘Development’ in Africa*, 4.

Einer der wenigen Politiker, der sich in der Öffentlichkeit dezidiert ablehnend dazu geäußert hat, ist der frühere britische Außen- und Premierminister *Douglas-Home*, welcher unter anderem in einer Rede vor der UN-Generalversammlung erklärte, dass Neokolonialismus „at best a synthetic grievance [sei], and at worst it is deadly dangerous because it encourages poverty and radicalism [...] I hope that we shall hear less of neocolonialism“; ein Word, welches „no place in Britain’s political dictionary“ habe.¹⁹ Das war deutlich, aber es war eben auch schon Mitte der 1960er Jahre; und weil danach wenig Vergleichbares mehr gekommen ist, wird er damit auch heute noch nicht selten von Affirmativen als Beispiel für westliche Ignoranz und Arroganz zitiert.

Und ganz ähnlich überschaubar stellt sich schließlich im globalen Norden der Befund im Hinblick auf die westliche Völker- und Europarechtslehre dar. Sie beschäftigt sich natürlich seit langem ausführlich, und dies verschiedentlich durchaus auch kritisch, unter anderem mit der Ausgestaltung der Entwicklungsdimension in den Wirtschaftsabkommen der EU mit Ländern des globalen Südens, nicht zuletzt auch im Kontext der aktuellen EPAs,²⁰ aber sie beschweigt das Konzept des Neokolonialismus in diesem Zusammenhang. Und auch weit darüber hinaus, ganz allgemein, gehört dieser Begriff grundsätzlich – Ausnahmen bestätigen wiederum die Regel – nicht zu ihrem Vokabular. Wenn dieses Konzept überhaupt einmal Erwähnung findet, wird eine nähere Auseinandersetzung damit gelegentlich sogar ausdrücklich abgelehnt. Exemplarisch sei hier aus jüngerer Zeit auf die Ausführungen von *Jörn Axel Kämmerer* verwiesen: „Neo-colonialism is a notion frequently referred to nowadays. [...] The idea is endowed with more sociological and political than legal implications and will therefore not be analysed [...]“²¹ Vor diesem Hintergrund muss sich beinahe der Eindruck aufdrängen, viele aus unserer Zunft würden wohl sagen bzw. zumindest denken, dass das Thema dieses Beitrags aus juristischer Perspektive betrachtet eher so etwas wie „Gedöns“ oder „Tüddelkram“ darstellt.

Eine solche bislang weitgehende Nichtbeachtung des Konzepts des Neokolonialismus und damit auch seiner möglichen Manifestationen im Bereich der vertraglichen Außenbeziehungen der EU halte ich jedoch nicht länger für eine adäquate Vorgehensweise. Wir als Vertreter der westlichen Völker- und Europarechtswissenschaft sollten uns endlich, nach rund sechzig Jahren weitgehender „Leerstelle“, in konstruktiver Weise in diesen globalen und wissenschaftsdisziplinenübergreifenden Diskurs mit unseren rechtsdogmatischen Perspektiven aktiv einbringen. Wir sollten uns dieser Debatte, die stattfindet, ob mit oder, wie bislang, weitgehend ohne uns, nicht länger gleichsam „verweigern“, schon weil wir sie sonst, gerade auch aktuell, nicht zuletzt auch denjenigen Akteuren im politischen Bereich überlassen, welche, wie derzeit beispielsweise die Russische Föderation, dieses Konzept zur Verfolgung ihrer eigenen – und gelegentlich unlauteren – Zwecke zu instrumentalisieren versuchen.

Vor diesem Hintergrund soll vorliegend zwar nicht einmal versucht werden, die mögliche Existenz neokolonialer Muster in den Außenhandelsverträgen der EU im Einzelnen einer eingehenderen Untersuchung zu unterziehen. Ein solcher umfassenderer Analysefokus würde sich im Rahmen dieser vergleichsweise überschaubaren Abhandlung zweifelsohne als – um es mit

19 Zitiert nach: *Uzoigwe*, Journal of Global South Studies 36 (2019), 59 (63). Vgl. hierzu auch u.a. *Barongo*, Neocolonialism and African Politics, 12.

20 Statt sehr vieler *Zimmermann*, EuZW 2009, 1 ff.; *Weiß*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim (Hrsg.), Das Recht der Europäischen Union, Art. 207 AEUV (Februar 2021), Rn. 247 ff.

21 *Kämmerer*, Colonialism, Rn. 5, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024); ähnlich schon u.a. *Ermacora*, in: Bernhardt (Hrsg.), Encyclopedia of Public International Law, Bd. 10, 40 (41) („In neo-colonialism there are relations of subjection and domination as in a colony, but these are factual situations and not of a legal nature. Neo-colonialism is a political concept; the colony, however, involves a status under international law.“).

dem Vater von *Effi Briest* zu sagen²² – wahrlich ein weites Feld und damit aus vielerlei Gründen als zu komplex und zu ambitioniert darstellen. Es soll im Folgenden jedoch zumindest der Versuch einer näheren Konturierung des Konzepts des Neokolonialismus selbst aus juristischer Perspektive und unter rechtsdogmatischen Rekurs auf sein Verständnis als völkerrechtlicher Kooperationsbegriff unternommen werden, um auf diese Weise – im Sinne einer völkerrechtlichen Maßstabsbildung – unter anderem auch die notwendigen Grundlagen für eine zukünftige rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema der möglichen Existenz eines neokolonialen Charakters von Wirtschaftsabkommen der EU mit Staaten des globalen Südens auf der Basis eines disziplinären, eigenständigen Analyserahmens zu legen.

B. Neokolonialer Charakter? Es kommt darauf an!: Übergreifende Herausforderungen bei der Konturierung des Konzepts des Neokolonialismus

Die kürzest mögliche, zutreffende Antwort auf die Frage nach dem Vorhandensein eines neokolonialen Charakters von Wirtschaftsabkommen der EU mit Staaten des globalen Südens läuft aus übergreifender Perspektive zunächst einmal mehr oder weniger auf einen juristischen Gemeinplatz hinaus: Es kommt darauf an. Diese typische Juristen-Antwort erscheint zwar auf den ersten Blick einigermaßen klischeehaft.²³ Sie ist jedoch auch im vorliegenden Kontext keineswegs unzutreffend, lenkt sie doch den Blick auf die Gebotenheit eines differenzierenden Analyseansatzes. Für die Beantwortung der Frage nach den potentiellen Manifestationen des Neokolonialismus in den völkervertragsrechtlich ausgestalteten Beziehungen der EU mit Drittstaaten kommt es nämlich zunächst einmal – und im Ergebnis auch in zentraler, resultatsdeterminierender Weise – darauf an, welche Bedeutungsgehalte und Zwecksetzungen überhaupt mit dem Begriff des Neokolonialismus verbunden werden; also mit anderen Worten was hier mit Neokolonialismus gemeint ist bzw. gemeint sein kann.²⁴

Unternimmt man nun aber den somit als Vorbedingung für einen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn und Diskurs hierüber zwingend notwendigen Versuch einer objektiven – und damit für andere Diskursteilnehmer nachvollziehbaren und nachprüfbaren – Präzisierung des Begriffs des Neokolonialismus, so wird man vergleichsweise schnell feststellen, dass ein solcher Untersuchungsansatz zumindest keiner einfachen Lösung zugänglich ist; die spezifischen Bedeutungsgehalte dieses Konzepts und damit auch seine wissenschaftspraktischen Anwendungspotentiale liegen nicht gleichsam auf der Hand.

Schon das Konzept des Kolonialismus selbst wird im Hinblick auf die hiervon erfassten historischen Realitäten und Phänomene in der geisteswissenschaftlichen Literatur

22 *Fontane*, *Effi Briest*, 38, 133, 134 und *passim*.

23 Allgemein zur Gebräuchlichkeit dieser Formulierung statt vieler *Morlok*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 62 (2003), 112 („Wenn man einen Juristen fragte, wie etwas sei, so antwortet er bekanntlich: ‚Es kommt darauf an.‘“); *Gröschner*, *Dialogik und Jurisprudenz*, 6; *Schnapp*, *Stilfibel für Juristen*, 92 („Juristenfloskel“); *Eidenmüller*, *Effizienz als Rechtsprinzip*, 106.

24 So in anderem Kontext zu Recht auch bereits unter anderem *Bryde*, *Verfassung und Recht in Übersee* 4 (1971), 51 (55) („Unter welchen Bedingungen ihr [der juristischen Entwicklungsländerforschung] der Vorwurf neokolonialistischer Zielsetzung gemacht werden kann, läßt sich erst entscheiden, wenn der Begriff des Neokolonialismus präzisiert ist.“); ähnlich *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 14 („If the concept is to be meaningful and the phenomenon of neocolonialism an interesting problem for academic inquiry, it must be able to claim its own peculiar characteristics by which it can be distinguished from other types of international intercourse.“).

bekanntermaßen verschiedentlich als ausgesprochen vage sowie umstritten – und damit beispielsweise als „ein Phänomen von kolossaler Uneindeutigkeit“ wahrgenommen.²⁵ Während der Kolonialismusbegriff jedoch durch einen primären Fokus auf die Begründung entsprechender Herrschaftsverhältnisse durch europäische Staaten in anderen Teilen der Welt im Zeitraum vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts²⁶ einer gewissen – und insgesamt mehr oder weniger konsensfähigen – thematischen Eingrenzung und damit auch näheren Konturierung zugänglich erscheint, kann der Befund einer inhaltlichen Vieldeutigkeit, Vagheit und Umstrittenheit in besonderer Weise für das Konzept des Neokolonialismus Geltung beanspruchen. So sind die Diskurse zu diesem Thema selbst bezogen auf den – engeren – akademischen Bereich des sozialwissenschaftlichen Schrifttums, also insbesondere ohne Berücksichtigung der Debatte auf politischer Ebene, und auch von diesem Konzept affirmativ zugewandten Repräsentanten in jüngerer Zeit beispielsweise als „characterized by ideological rigidity (and, sometimes, academic tribalism) and semantic confusion“ beschrieben worden.²⁷ Drei Aspekte seien hier zur Verdeutlichung dieses Befundes genannt.

Zunächst ist in diesem Kontext daran zu erinnern, dass der Begriff des Neokolonialismus schon immer – und auch heute noch – nicht zuletzt auch eine Art politischer Kampfbegriff gewesen ist; also ein in politischen Auseinandersetzungen verwendetes Schlagwort bzw. eine Reizvokabel zur öffentlichkeitswirksamen Kritisierung und sogar Diskreditierung von bestimmten Zuständen, Vorgehensweisen und Entwicklungen.²⁸ Weiterhin hat, zweitens, der Begriff in seinem Ursprung eine im Prinzip verschiedentlich bis heute fortwirkende besondere Mitprägung gerade auch durch marxistisch-leninistisches Gedankengut erfahren.

Zwar lässt sich der Begriff selbst bereits seit Ende der 1950er Jahre in den Diskussionen auf internationaler Ebene, beispielsweise im Rahmen der Debatten in der UN-Generalversammlung²⁹ und in Veröffentlichungen bzw. Äußerungen von vor allem afrikanischen

25 *Osterhammel/Jansen*, Kolonialismus, 9 („Kolonialismus ist ein Phänomen von kolossaler Uneindeutigkeit.“); vgl. auch statt vieler *Finley*, *Transactions of the Royal Historical Society* 26 (1976), 167 (172) („greater sources of confusion“); sowie aus völkerrechtlicher Perspektive u.a. *Kämmerer*, *Verfassung und Recht in Übersee* 39 (2006), 397 (404 ff.).

26 In diesem Sinne statt vieler *Engle Merry*, *Law and Society Review* 25 (1991), 889 (894 f.); *Starski/Kämmerer*, *Journal of the History of International Law* 19 (2017), 50 (51 Fn. 1).

27 *Uzoigwe*, *Journal of Global South Studies* 36 (2019), 59 (62); vgl. überdies exemplarisch *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 13 („the term has, in the process, acquired several and often confusing meanings“); *Rao*, *Interdisciplinary Literary Studies* 1 (2000), 165 („Many postcolonialists arbitrarily pepper their texts with bite-sized tokenist phrases about “neocolonialism”, “globalization”, and “late capitalism” – often within the same sentence – without serious attention to the *specific* meanings of these terms.“) (Hervorhebung im Original).

28 Vgl. hierzu im Kontext von Vorwürfen des Neokolonialismus beispielsweise die Analyse von *Cheney*, *African Studies Review* 55 (Nr. 2, 2012), 77 (79) („opposition to homosexuality rests on a number of [...] misplaced accusations of neocolonialism“); und *Ziai*, *Momentum Quarterly* 9 (2020), 128 (138) („The attempts to discredit the standards of the World Bank Inspection Panel (an institution which came about through the sustained pressure of a global campaign of civil society protest) illustrate that the accusation of neocolonialism is also used by some Third World elites to reject interventions for the benefit of marginalised parts of the population.“); sowie allgemein statt vieler bereits *Bryde*, *Verfassung und Recht in Übersee* 4 (1971), 51 (55) („Diese Verwendung des Begriffs [des Neokolonialismus] hat sicher propagandistischen, [...] Wert.“); *Graf*, *Canadian Journal of African Studies* 15 (1981), 600 (601) („neocolonialism possesses a strong emotive force and propaganda value“); *ibid.*, 601 („this ideological-propagandistic function of neocolonialism“); *Weber*, *Wissenschaft & Frieden* 2/2022, 28 („ein politischer Begriff, der sich (unter anderem) als beschreibend, wertend und konfliktiv begreifen lässt“); *Boutros-Ghali*, *International Conciliation* 1964, 5 (36) („it might perhaps be deduced that neocolonialism, as referred to in the Charter [of the Organization of African Unity], is merely an empty phrase included to placate those nostalgic for direct action, or as a convenient slogan for those faced with intractable domestic difficulties“); siehe in diesem Zusammenhang überdies die Analyse von *Hanson/Hentz*, *Political Science Quarterly* 114 (1999), 479 (482 ff.); sowie die Wahrnehmung von *Gassama*, *Oregon Review of International Law* 10 (2008), 327 (351) („it also served quite effectively as a rhetorical mace in ensuing struggles for power among African domestic elites“).

29 Siehe hierzu unter anderem die Nachweise bei *Legum*, *Pan-Africanism*, 118 f.; *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 10; und *Uzoigwe*, *Journal of Global South Studies* 36 (2019), 59 (62 ff.); vgl. in diesem Zusammenhang auch beispielsweise *Maekawa*, *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 51 (2023), 182 (188) („The [British] Foreign Office’s understanding of the situation can be found in a memorandum dated 28 November 1961, stating that

Politikern,³⁰ aber auch unter anderem von französischen Intellektuellen wie *Jean Paul Satre*,³¹ nachweisen.³² Überdies hat bereits im März 1961 die Dritte All-African Peoples' Conference auf ihrer Sitzung in Kairo eine umfangreichere „Resolution on Neocolonialism“ verabschiedet.³³ Nach seit langem sehr regelmäßig vertretener Auffassung³⁴ hat das Konzept des Neokolonialismus seine wesentliche inhaltliche und ideologische Prägung – sowie nicht zuletzt auch seine Prominenz in internationalen Diskursen – jedoch insbesondere durch das im Jahre 1965 erschienene Werk „Neo-Colonialism – The Last Stage of Imperialism“ des damaligen ghanaischen Präsidenten und Politiktheoretikers *Kwame Nkrumah* erfahren,³⁵ welches sich schon hinsichtlich seines Titels eng an das erstmals 1917 veröffentlichte Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“³⁶ von *Wladimir Iljitsch Lenin* anlehnt³⁷ und auch im Übrigen in deutlicher Weise durch marxistisch-leninistische Sicht- und Denkweisen inspiriert ist.³⁸ Dieser Befund in Bezug auf das Konzept des Neokolonialismus ist im Übrigen – schon vor Veröffentlichung des Werkes von *Nkrumah* – unter anderem auch von dem späteren Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Boutros Boutros-Ghali*, hervorgehoben worden, welcher bereits im Jahre 1964 konstatierte: „The first proponents of the neocolonialism theory were the Marxists.“³⁹ Eine vergleichbare Wahrnehmung finden wir nachfolgend beispielsweise bei

‘the theory of “neo-colonialism” is of Soviet origin but has been widely adopted by Africans’.”).

- 30 Vgl. beispielsweise *Touré*, *Foreign Affairs* 41 (1962), 141 (146) („When we analyze the ills that have beset the African, indeed the whole black race, we are obliged to admit at once that economic factors are what have favored slavery, the deportation of our populations, racial discrimination, colonization and, today, neo-colonialism.”); *Fanon*, *The Wretched of the Earth*, 166 f. („The economic channels of the young state sink back inevitably into neo-colonialist lines.”). Siehe auch die entsprechenden Nachweise bei *Boutros-Ghali*, *International Conciliation* 1964, 5 (18 ff.); *Legum*, *Pan-Africanism*, 118 f.; sowie bei *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 8 ff.
- 31 *Satre*, *Situations*, V: *Colonialisme et Néo-Colonialisme*, 1964.
- 32 Siehe überdies zu Beginn der 1960er Jahre beispielsweise die kurze Analyse bei *Rossi*, *The Third World*, 74 („a word of recent coinage – „neocolonialism““); sowie nachfolgend von *Fatouros*, *World Politics* 17 (1965), 703 (714 ff.).
- 33 Der Text dieser Resolution ist u.a. abgedruckt in: *Legum*, *Pan-Africanism*, 254 ff.; sowie in: *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 87 ff. Zur Bedeutung dieser Resolution vgl. z.B. bereits die zeitgenössische Einschätzung von *Wallerstein*, *Africa – The Politics of Unity*, 52; sowie *Houser*, *Africa Today* 8 (Nr. 4, 1961), 11 ff.
- 34 Zu dieser Wahrnehmung exemplarisch statt vieler *Haag*, *Mechanisms of Neo-Colonialism*, 9 („the term only got international attention with the publication of Kwame Nkrumah’s book on neo-colonialism”); *Ziai*, *Momentum Quarterly* 9 (2020), 128 (129); *Young*, *Postcolonialism*, 46 („Much of his analysis still provides the basic understanding of the term [...]”); *Moreno/Puigrefagut/Yáñez*, *The European Union’s Soft Power*, 2; *Lawson*, *Postcolonialism, Neo-Colonialism and the “Pacific Way”*, 6; *Rao*, *Interdisciplinary Literary Studies* 1 (2000), 165 (168); *Camacho/Huseynli*, *Preventing the Exploitation of Developing Nations*, 1; *Odijie*, *Journal of European Integration* 44 (2022), 347 (349); *Roy*, *Adelaide Law Review* 29 (2008), 315 (335); *Rahaman/Yeazdani/Mahmud*, *History Research* 5 (2017), 9; *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 1 und *passim*; *Weber*, *Wissenschaft & Frieden* 2/2022, 28; *Dobos/Purton*, *Insights on Africa* 16 (2024), 7 (9); *Gassama*, *Oregon Review of International Law* 10 (2008), 327 (334) („Undoubtedly, Nkrumah’s perspective on neocolonialism had a huge impact on the politics of Africa.”); sowie *ibid.*, 338 („substantial credit must be given to Nkrumah for his extended description and critique of the phenomenon and for popularizing the term, at least in the African context”).
- 35 *Nkrumah*, *Neo-Colonialism – The Last Stage of Imperialism*, 1965.
- 36 *Lenin*, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1917 (Ausgabe Berlin 1945).
- 37 So beispielsweise auch bereits *Langan*, *Neo-Colonialism and the Poverty of ‘Development’ in Africa*, 7; *Ziai*, *Momentum Quarterly* 9 (2020), 128 (129); *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 46; *Gassama*, *Oregon Review of International Law* 10 (2008), 327 (339).
- 38 In diesem Sinne auch statt vieler *Young*, *Postcolonialism*, 47 („Nkrumah argues on Leninist lines [...]”); *Langan*, *Neo-Colonialism and the Poverty of ‘Development’ in Africa*, 7 („This radical stance adopted by Nkrumah clearly owes an intellectual debt to Marxism.”); *Ziai*, *Momentum Quarterly* 9 (2020), 128 (129); *Gassama*, *Oregon Review of International Law* 10 (2008), 327 (339 ff.); *Lawson*, *Postcolonialism, Neo-Colonialism and the “Pacific Way”*, 6 („a left-leaning intellectual strongly influenced by Marxism”). Differenzierend jedoch beispielsweise *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 49 („Yet it is not easy to classify Nkrumah. His writings on neocolonialism tend to reflect both the nationalist and the Marxist ideological stances.”).
- 39 *Boutros-Ghali*, *International Conciliation* 1964, 5 (33); vgl. auch *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 44 ff.; zur Charakterisierung des „Neokolonialismus-Modell[s]“ als marxistisch vgl. auch u.a. *Jansen/Osterhammel*, *Dekolonisation*, 26.

Yolamu R. Barongo: „A continuous string of thought can be discerned from Marx and Lenin to the speeches and writings of most African spokesmen on neocolonialism.”⁴⁰

Ähnliche inhaltliche und konzeptionelle Prägungen gelten für weitere einflussreiche Werke zu diesem Thema aus den 1960er Jahren wie beispielsweise diejenigen von *Frantz Fanon* und *Jack Woddis*,⁴¹ wobei letzterer bezeichnenderweise unter anderem das Ziel, „to prevent the advance of the former colonial peoples to socialism“ als ein „major aim of neo-colonialism“ beschrieben hat.⁴² Aus dieser Ausrichtung erklärt sich im Übrigen auch die Nähebeziehung der Idee des Neokolonialismus zu den ebenfalls gerade auch marxistisch inspirierten Dependenz-Theorien, welche in gleicher Weise seit den 1960er Jahren wachsende Bedeutung erlangten.⁴³ Und obgleich diese frühen Überlegungen in der Folgezeit gelegentlich – und wiederum aus nicht zuletzt marxistisch mitgeprägter Perspektive – in der Literatur als zu staatszentriert kritisiert⁴⁴ und die Notwendigkeit einer Analyse der nunmehr zu Beginn der 1980er Jahre von einigen bereits als „post-neo-colonial“⁴⁵ wahrgenommenen Situation konstatiert worden ist, lässt sich – im Sinne einer deutlich wahrnehmbaren Kontinuität – die teilweise auch explizite Hervorhebung der Relevanz marxistischer Analyseansätze und Denkstrukturen für das Verständnis und die Anwendung des Konzepts des Neokolonialismus bis in die heutige Zeit hinein in der wissenschaftlichen Literatur nachweisen.⁴⁶

Diese ideologische Mitprägung des Terminus und sein Charakter als auch politischer Kampfbegriff haben überdies nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass sich die Idee des Neokolonialismus seit langem als politisch und wissenschaftlich umstritten darstellt.⁴⁷ Und diese Umstrittenheit ist – und dies bildet den dritten hervorhebenswerten Aspekt – wiederum eine der zentralen Ursachen für die ebenfalls bereits seit einigen Jahrzehnten auch von Affirmativen nicht selten beklagte inhaltliche Unbestimmtheit und Vagheit dieses Terminus und der mit ihm verbundenen konzeptionellen Ansätze.⁴⁸ So konstatiert beispielsweise *Ziai* in jüngerer Zeit,

40 *Barongo*, Neocolonialism and African Politics, 46.

41 Siehe *Fanon*, *The Wretched of the Earth*, 1963; *Woddis*, *An Introduction to Neo-Colonialism*, 1967. Vgl. überdies aus den 1970er Jahren beispielsweise *Smith*, *U.S. Neocolonialism in Africa*, 1974; und *Ley*, *Underdevelopment in Kenya – The Political Economy of Neo-Colonialism 1964-1971*, 1974.

42 *Woddis*, *An Introduction to Neo-Colonialism*, 51 f.

43 Zu diesen Verbindungslinien vgl. eingehender u.a. *Langan*, *Neo-Colonialism and the Poverty of ‘Development’ in Africa*, 12 ff.

44 *Shaw*, *The Journal of Modern African Studies* 20 (1982), 239 (248 f.) („But, as already noted, his analysis of Africa’s dependence was overly state-centric: it concentrated on the exploitation and balkanisation of *countries* rather than *classes*.”) (Hervorhebungen im Original).

45 *Shaw*, *The Journal of Modern African Studies* 20 (1982), 239 (260) („The intellectual as well as political challenge of the post-neo-colonial phase in Africa has begun to be accepted by some, more radical, scholars. Unfortunately, the reconsideration is not yet so widespread and irreversible [...]”).

46 Vgl. statt vieler *Shrimpton*, *Public Interest Law Journal of New Zealand* 8 (2021), 81 (83); *Rao*, *Interdisciplinary Literary Studies* 1 (2000), 165 (178) („Marxist theorizations, in my view, must remain central to any such endeavor, [...]”); *Young*, *Postcolonialism*, 48 („The term ‘neocolonialism’ remains useful in that it insists on a primarily economic account of the postcolonial system from a broadly Marxist perspective.”); siehe in diesem Zusammenhang auch die Wahrnehmung von *Roy*, *Adelaide Law Review* 29 (2008), 315 (335) („While the concept of neocolonialism has at times been used as an alternative to postcolonial theory, it has mainly been exploited to provide a Marxist *economic* analysis of the postcolonial condition.”) (Hervorhebung im Original).

47 Zu diesem Zusammenhang im Grundsatz auch bereits unter anderem *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 13 („The problems of definition are compound by the intrinsic emotional and ideological elements that inevitably have to surround a word that claims lineal parentage with colonialism and imperialism. The term has also had the disadvantage of indiscriminate use by some leaders in the Third World [...]. Denied objectivity in its application and with several meanings attached to the concept, one finds it difficult to isolate elements that constitute its core definition.”).

48 Zu diesen Befunden auch bereits statt vieler *Fatouros*, *World Politics* 17 (1965), 703 (714) („neo-colonialism is difficult to define“); *ibid.*, 716 („The use of the term ‘neocolonialism’ tends to mask the essential qualitative differences between the state of affairs before and after liberation. It is, of course, true that many of those who use this term are happy to encourage such a confusion.”); *Graf*, *Canadian Journal of African Studies* 15 (1981), 600 (601) („This conceptual ambiguity, [...], represents both neo-colonialism’s ideological strength and its analytical feebleness.”); *ibid.*, 602 („But at the same time it too frequently serves as a scapegoat ideology which imputes shortcomings of the internal

dass die Debatte um den Neokolonialismus „shows a surprising dearth of theory“.⁴⁹ Bei *Rao* lesen wir die Wahrnehmung: „Since then, neocolonialism has been a favored term for various intellectuals, theorists, and politicians, and it has accrued a certain fuzziness about it through decades of overuse. Today it is becoming increasingly difficult to understand what “neocolonialism” means to postcolonialists, invoked as it is without explanation or qualification.”⁵⁰ *Haag* hebt hervor, dass die „diffusion and amplification, as well as the overuse and misuse, are mainly responsible for the abstraction and the loss of credibility the concept of neo-colonialism experienced over the past fifty years”.⁵¹ Und *Barongo* vertritt die Auffassung, dass „the concept of neocolonialism is a very elusive concept to analyze and define”.⁵² Dass vor diesem Hintergrund nicht nur zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter in den Sozialwissenschaften,⁵³ sondern, wie bereits hervorgehoben,⁵⁴ nicht zuletzt auch Teile des rechtswissenschaftlichen Schrifttums es teilweise explizit ablehnen, sich eingehender mit dem Konzept des Neokolonialismus auseinanderzusetzen, erscheint denn auch von einem gewissen Standpunkt aus betrachtet zunächst einmal im Prinzip durchaus nachvollziehbar.

socio-political system to the machinations of an exaggerated external enemy. In this way military dictatorships, one-party regimes, corrupt and inefficient governments of all kinds, and elitist rule are legitimized and thus prolonged. In other words, neocolonialism with its Janus-like progressive and regressive faces functions in much the same way as nationalism, to which to which it is, of course, related.”); *Martin*, *The Journal of Modern African Studies* 20 (1982), 221 (228) („Neo-colonialism is a multi-faceted phenomenon.”); *Boutros-Ghali*, *International Conciliation* 1964, 5 (25) („Although it is mentioned in the Preamble, ‘neocolonialism in all its forms’ is never precisely defined and is not specifically mentioned in the operative sections of the Charter [of the Organization of African Unity].”); *ibid.*, 33 („The principle of the fight against colonialism and apartheid [...] is self-explanatory, but the fight against neocolonialism is more complex and demands a closer analysis. Neocolonialism was invoked on several occasions by heads of state at Addis Ababa, but without any clear definition.”).

49 *Ziai*, *Momentum Quarterly* 9 (2020), 128 (129).

50 *Rao*, *Interdisciplinary Literary Studies* 1 (2000), 165 (167 f.).

51 *Haag*, *Mechanisms of Neo-Colonialism*, 12. Vgl. auch *ibid.*, 9 („Despite its frequent use over the past fifty years, there is no general definition or a clearly identifiable origin of the concept of neo-colonialism.”); sowie als bezeichnende Konsequenz aus diesem Befund *ibid.*, 12 („Since there is no official definition of the concept of neo-colonialism, and the different authors diverge on the mechanisms that constitute it, the analysis of the current presence of neo-colonialism in Cameroon and Ghana will be based on an own understanding [...] of neo-colonial domination.”). Siehe überdies unter anderem *Moreno/Puigrefagut/Yárnoz*, *The European Union’s Soft Power*, 2 („ambiguity of the term”).

52 *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 13; vgl. auch *ibid.*, 4 („Although the term has been in popular usage in nationalist and intellectual circles since about two decades ago, no clear definition of its precise meaning has emerged.”).

53 Vgl. hierzu auch exemplarisch die Wahrnehmung von *Langan*, *Neo-Colonialism and the Poverty of ‘Development’ in Africa*, 1 („Many scholars are decidedly squeamish when the term is invoked.”); sowie *ibid.*, 4 („[...] many scholars are decidedly squeamish about discussions of the concept in academic conferences, and in leading journals. For many, it is associated with vulgar forms of Marxism, deemed unfashionable in the post-Cold War era. For some, it is seen to deny any form of meaningful African agency, reducing Africans to mere ‘victims’ in the global arena. For others, it is negatively associated with modern tyrants such as Robert Mugabe who have invoked the concept in their political discourse. And for many, it is seen as a brash polemic device that unduly blames ‘the West’ for the continuing mal-governance of certain African elites.”).

54 Siehe hierzu bereits *supra* unter A.

C. Gebotenheit einer juristischen Konkretisierung: Neokolonialismus als – auch – Völkerrechtsbegriff

Ungeachtet dieser Herausforderungen ist allerdings überdies zu berücksichtigen, dass es sich beim Neokolonialismus auch um einen Rechtsbegriff handelt, welcher schon vor diesem Hintergrund einer konzeptionellen Erfassung gerade auch durch die Rechtswissenschaft bedarf bzw. aus juristischer Perspektive betrachtet zumindest keinen durch Nichtbeachtung und Vernachlässigung charakterisierten Umgang im Schrifttum nahelegt.⁵⁵

Im Bereich des Völkervertragsrechts findet sich dieser Begriff wohl erstmals in der Präambel⁵⁶ der am 25. Mai 1963 verabschiedeten Charter of the Organization of African Unity,⁵⁷ also der Vorgängerorganisation der heutigen, durch den Constitutive Act of the African Union vom 11. Juli 2000 gegründeten Afrikanischen Union,⁵⁸ in der die Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit bekräftigten „to safeguard and consolidate the hard-won independence as well as the sovereignty and territorial integrity of our States, and to fight against neo-colonialism in all its forms“. Gleiches gilt nachfolgend unter anderem für die Präambel des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979,⁵⁹ in der die Vertragsparteien nachdrücklich darauf hinweisen, dass „die Beseitigung der Apartheid, jeder Form von Rassismus, Rassendiskriminierung, Kolonialismus, Neokolonialismus, Aggression, ausländischer Besetzung und Fremdherrschaft sowie von Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten für die volle Ausübung der Rechte von Mann und Frau unerlässlich ist“, sowie – um nur noch ein weiteres Beispiel zu nennen – für die Präambel der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker vom 27. Juni 1981.⁶⁰

Auf dem Gebiet des so genannten „soft law“⁶¹ als einem weiteren normativ erheblichen Steuerungsmechanismus im internationalen System⁶² lässt sich das Konzept des Neokolonialismus unter anderem in nicht wenigen Resolutionen der UN-Generalversammlung nachweisen.⁶³ Exemplarisch sei hier nur auf Art. 16 Abs. 1 der Charter of Economic Rights and

55 Vgl. hierzu auch noch *infra* unter D.

56 Allgemein zur Funktion und Relevanz von Präambeln im Rahmen der Auslegung völkerrechtlicher Verträge vgl. unter anderem IGH, *Case Concerning Sovereignty over Pulau Ligitan and Pulau Sipadan* (Indonesia v. Malaysia), ICJ Reports 2002, 625 (652, para. 51); IGH, *Asylum Case* (Colombia v. Peru), ICJ Reports 1950, 266 (282); IGH, *Case Concerning Rights of Nationals of the United States of America in Morocco* (France v. USA), ICJ Reports 1952, 176 (196); Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, *Golder v. United Kingdom*, Application No. 4451/70, Urteil vom 25. Februar 1975, Rn. 34; *Gardiner*, Treaty Interpretation, 205 ff.; *Dörr*, in: *Dörr/Schmalenbach* (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, A Commentary, Article 31, Rn. 49.

57 Charter of the Organization of African Unity vom 25. Mai 1963, 479 U.N.T.S. 39, No. 6947. Vgl. speziell zur Inkorporation des Begriffs des Neokolonialismus in diesem Zusammenhang eingehender *Boutros-Ghali*, International Conciliation 1964, 5 (14 ff., 25 ff.).

58 Constitutive Act of the African Union vom 11. Juli 2000, 2158 U.N.T.S. 3, No. 37733. Der Begriff des Neokolonialismus findet sich in diesem Gründungstatut nicht mehr.

59 Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979, BGBl. 1985 II, 647.

60 African Charter on Human and Peoples' Rights vom 27. Juni 1981, 1520 U.N.T.S. 217, No. 26363.

61 Der Ausdruck „soft law“ ist wahrscheinlich auf den britischen Völkerrechtler *Lord McNair* zurückzuführen, vgl. nur *Wengler*, Juristen-Zeitung 31 (1976), 193 (195, Fn. 19); *Hillgenberg*, European Journal of International Law 10 (1999), 499 (500); *Marquier*, Soft Law, 28; *Kolvenbach*, Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht 15 (1986), 47 (49); *Heusel*, „Weiches“ Völkerrecht, 23, m.w.N.

62 Im Hinblick auf die umfangreiche Diskussion dieses Rechtsphänomens im Schrifttum siehe beispielsweise *Tietje*, Internationalisiertes Verwaltungshandeln, 255 ff.; *Thürer*, Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F. 104 (1985), 429 ff.; *Tomuschat*, Recueil des Cours 281 (1999), 9 (349 ff.); *Zemanek*, in: *Hafner u.a.* (Hrsg.), Liber Amicorum Seidl-Hohenveldern, 843 ff.; *Chinkin*, International and Comparative Law Quarterly 38 (1989), 850 ff.; *Knauff*, Der Regelungsverbund, 211 ff.; *Nowrot*, in: *Tietje/Nowrot* (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 82 ff., jeweils m.w.N.

63 Zur Qualifizierung von Resolutionen der Generalversammlung der UNO, die sich nicht auf den internen Organisationsbereich oder die Mitgliedschaft der Vereinten Nationen bezieht, als völkerrechtliches soft law siehe statt vieler

Duties of States,⁶⁴ auf die Randnummern 1 und 4 lit. i der Declaration on the Establishment of a New International Economic Order,⁶⁵ auf Randnummer 1 lit. a des Programme of Action on the Establishment of a New International Economic Order,⁶⁶ die Präambel der Resolution “Implementation of the Declaration on the Strengthening of International Security,”⁶⁷ die Präambel und Randnummer 5 der Resolution „Inadmissibility of the Policy of Hegemonism in International Relations“⁶⁸ sowie auf die Präambel der Declaration on the Right to Development⁶⁹ verwiesen.

Diese gleichsam Doppelnatur als Rechtsbegriff und politischer Kampfbegriff ist natürlich kein Alleinstellungsmerkmal des Neokolonialismus. Er teilt sich diese Eigenschaft mit anderen Konzepten im überstaatlichen Bereich wie beispielsweise dem Völkermord und der Apartheid⁷⁰ sowie auf innerstaatlicher Ebene, wie unter anderem die Begriffe der Menschenwürde oder der Demokratie verdeutlichen.⁷¹ Während jedoch andere dieser mit einer entsprechenden Doppelnatur versehenen Begriffe entweder bereits seit längerem oder zumindest in jüngerer Zeit – exemplarisch sei hier nur das völkerrechtliche Verbot des Völkermordes genannt⁷² – aufgrund einer eingehenderen Auseinandersetzung mit ihnen in Rechtspraxis und Rechtswissenschaft eine nähere inhaltliche Konturierung in ihrer Funktion als Rechtsbegriffe erlangt haben, handelt es sich bei dem Konzept des Neokolonialismus auch gegenwärtig immer noch nicht um einen in ähnlicher Weise gleichsam etablierten Rechtsbegriff. Insbesondere hat er, soweit ersichtlich, bislang keine auch nur im Ansatz vergleichbare eingehendere Aufmerksamkeit und analytische Durchdringung in der Rechtsprechung oder dem rechtswissenschaftlichen Schrifttum erfahren. Der Rechtsbegriff des Neokolonialismus führt aktuell weiterhin eher eine Art von wenig beachtetem „Mauerblümchen“-Dasein.

Ungeachtet dieser fortdauernden (völker)rechtsdogmatischen Unterbelichtung und

Krajewski, Völkerrecht, § 4, Rn. 166; *Dörr*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 21, Rn. 8; *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, 196. Allgemein zur Diskussion über die Rechtswirkungen von Resolutionen der UN-Generalversammlung vgl. u.a. *Sohn*, in: Makarczyk (Hrsg.), Essays in Honour of Krzysztof Skubiszewski, 549 ff.; *Schmahl*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 1, Art. 10, Rn. 50 ff.; *Schwebel*, in: ders., Justice in International Law, 499 ff.; *Elias*, in: Friedmann u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Philip C. Jessup, 34 (51); *Bergman*, in: Snyder/Sathirathai (Hrsg.), Third World Attitudes, 231 (233 ff.); *Verdross/Simma*, Völkerrecht, §§ 634 ff.; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/1, 71 ff.; *Klabbers*, An Introduction to International Organizations Law, 164 ff.; *Asamoah*, The Legal Significance of the Declarations of the General Assembly of the United Nations, 19 ff.; *Schachter*, in: Macdonald/Johnston (Hrsg.), Structure and Process of International Law, 745 (787 ff.); *Sloan*, British Yearbook of International Law 58 (1987), 39 ff.; *Nowrot*, Das gesellschaftliche Transformationspotential der Sustainable Development Goals, 7 ff., jeweils m.w.N.

64 UN Doc. GA-Res. 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974; eingehender zu Inhalt und Bedeutung dieser Resolution statt vieler *Tomuschat*, ZaöRV 36 (1976), 444 ff.; *Stemberg*, Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten, *passim*.

65 UN Doc. GA-Res. 3201 (S-VI) vom 1. Mai 1974.

66 UN Doc. GA-Res. 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974.

67 UN Doc. GA-Res. 31/92 vom 14. Dezember 1976.

68 UN Doc. GA-Res. 34/103 vom 14. Dezember 1979.

69 UN Doc. GA-Res. 41/128, Annex, vom 4. Dezember 1986. Vgl. zu diesem Aspekt der Resolution auch u.a. in jüngerer Zeit UN Human Rights Council, Summary of the Panel Discussion on the Negative Impact of the Legacies of Colonialism on the Enjoyment of Human Rights, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, UN Doc. A/HRC/54/4 vom 1. Juni 2023, Rn. 14.

70 Vgl. exemplarisch in Bezug auf das Konzept der Apartheid auch die Wahrnehmung von *Gebhard*, Apartheid, Rn. 28 f., in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).

71 Im Hinblick auf den Begriff der Demokratie vgl. hierzu u.a. auch von *Bogdandy*, Gubernative Rechtsetzung, 28 f.; für die Menschenwürde siehe beispielsweise *Schmidt-Jortzig*, DÖV 2001, 925; in diese Richtung auch z.B. *Heinig*, in: Huster/Zintl (Hrsg.), Verfassungsrecht nach 60 Jahren, 123 (126).

72 Vgl. aus der Rechtspraxis beispielsweise IGH, *Case Concerning Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide* (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), ICJ Reports 2007, 43 (121 ff.); IGH, *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide* (Croatia v. Serbia), ICJ Reports 2015, 3 (60 ff.); aus dem Schrifttum siehe statt sehr vieler *Tams/Berster/Schiffbauer*, The Genocide Convention, 2024; *Shaw*, International Law, 362 ff.; *Frau*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 36, Rn. 25 ff.; *Ambos*, Internationales Strafrecht, 239 ff.; *Werle/Jeffberger*, Völkerstrafrecht, Rn. 856 ff.; *Satzger*, Internationales und Europäisches Strafrecht, § 16, Rn. 3 ff., jeweils m.umf.N.

weitgehenden Abwesenheit einer konstruktiven juristischen Diskussion ist jedoch auch daran zu erinnern, dass sich der Neokolonialismus als Rechtsbegriff im Grundsatz keineswegs als ein in seinen potentiellen rechtspraktischen Auswirkungen eher unbedeutendes und gleichsam rechtsfolgenloses dogmatisches Konzept darstellt. Tendenziell verhält es sich sogar eher gegenteilig. Die Qualifizierung einer Situation oder einer Vorgehensweise als neokolonial beschreibt auch aus völkerrechtlicher Perspektive betrachtet keine gleichsam „lässliche Sünde“. Vielmehr geht mit ihr – in für Begriffe mit Doppelcharakter als Rechtsbegriff und politischer Kampfbegriff nicht untypischer Weise – in normativer Hinsicht ein schwerwiegendes und gleichsam absolutes Unwerturteil einher.⁷³ Dies verdeutlicht bereits der Umstand, dass eine als neokolonial qualifizierte Situation oder Vorgehensweise wohl keiner völkerrechtlichen Rechtfertigungsmöglichkeit auf der Basis des Rechts der Staatenverantwortlichkeit zugänglich ist. Dieses schwerwiegende, absolute und damit keiner völkerrechtlichen Rechtfertigung zugängliche Unwerturteil ist zwar wiederum kein Alleinstellungsmerkmal des Neokolonialismus. Gleiches gilt in der internationalen Rechtsordnung bekanntermaßen unter anderem für das Verbot des Völkermordes, der Sklaverei und der Apartheid sowie im innerstaatlichen Bereich nach zutreffender Auffassung für die Achtung und den Schutz der Menschenwürde. Zum einen stellt sich vor diesem Hintergrund aber auch bezogen auf den Rechtsbegriff des Neokolonialismus angesichts der außerordentlichen Schwere des Unwerturteils und dem, hiermit natürlich eng verbunden, erheblichen rechtsfolgenbezogenen Transformationspotentials im Sinne der im Falle eines Verstoßes umgehend und umfassend notwendigen Beendigungs- und Abhilfemaßnahmen die Frage, ob – ebenso wie im Hinblick auf das Vorliegen von Völkermord oder Apartheid – diese Gesichtspunkte bei der rechtsdogmatischen Konkretisierung im Sinne erhöhter Anforderungen und damit einer restriktiveren Auslegung und Anwendung Berücksichtigung finden sollten.⁷⁴

Zum anderen ist im Lichte der vorgenannten Überlegungen insgesamt zu konstatieren, dass zumindest die Kombination aus inhaltlicher Unbestimmtheit, politischer Umstrittenheit, außerrechtlicher Verwiesenheit,⁷⁵ bislang kaum vorhandener analytischer Durchdringung in der Rechtsprechung und dem rechtswissenschaftlichen Schrifttum sowie dem mit einem Verstoß verbundenen schwerwiegenden Unwerturteil zusammengenommen mit einiger Berechtigung als für einen Rechtsbegriff durchaus sehr besonders, vielleicht beinahe einzigartig, angesehen werden kann. Und es ist im Ergebnis wohl auch genau diese Kombination aus verschiedenen komplexen und facettenreichen Faktoren, aus der insgesamt die erheblichen Herausforderungen im Zusammenhang mit einer objektiven Konkretisierung und praktischen Anwendung des Begriffs des Neokolonialismus aus juristischer Perspektive – nicht zuletzt unter anderem natürlich auch im Rahmen der Ermittlung seiner möglichen Manifestationen in den Wirtschafts- und Entwicklungsabkommen der EU mit Ländern des globalen Südens – erwachsen.

73 Zu dieser Wahrnehmung vgl. auch bereits aus sozialwissenschaftlicher Perspektive beispielsweise *Chan/Patten*, *American Political Science Review* 118 (2024), 1643 (1644) („Yet calling contemporary patterns of cultural trade ‘neo-colonial’ is not merely to select an descriptively apt term. It also renders a normative judgment about those patterns. European colonialism was a significant injustice, [...] To describe today’s patterns of unequal cultural trade as neo-colonial is to insinuate that, to some degree at least, those patterns are wrong; it is to suggest that they are wrong for the same kinds of reasons that account for the wrongness of colonialism.”); siehe hierzu überdies die Wahrnehmung von *Woddis*, *An Introduction to Neo-Colonialism*, 9 („The term neo-colonialism has today become so much a part of the popular terminology of the people of Asia, Africa and Latin America that the most damaging criticism that can be levelled at a political leader in these continents is to charge him with being an agent of neo-colonialism.”).

74 Vgl. hierzu noch *infra* unter E.I.

75 Siehe hierzu ebenfalls noch *infra* unter D.

D. Rechtsdogmatische Betrachtungsperspektive: Neokolonialismus als völkerrechtlicher Kooperationsbegriff

Gerade im Lichte der mit einer rechtsdogmatischen Erfassung des Neokolonialismus als Rechtskonzept zweifelsohne verbundenen erheblichen Herausforderungen, gilt es jedoch, sich in Erinnerung zu rufen, dass im rechtswissenschaftlichen Schrifttum zu Recht seit langem weitgehende Einigkeit darüber besteht, dass die hohe inhaltliche Unbestimmtheit und politische Umstrittenheit eines Rechtsbegriffs allgemein keineswegs dessen normative Bedeutung, inhaltliche Konkretisierbarkeit und damit auch rechtspraktische Operationalisierbarkeit in Frage stellt.⁷⁶ Insoweit sind – wie beispielsweise bereits *Hans Carl Nipperdey* hervorgehoben hat – die aus der Abstraktheit und Unbestimmtheit des Wortlauts erwachsenden „praktischen Schwierigkeiten“ bei der Rechtsanwendung „scharf“ von der „zunächst theoretisch zu beurteilenden Frage“ zu unterscheiden, „ob wir um solcher Schwierigkeiten willen die Rechtsqualität eines Begriffs leugnen sollen“.⁷⁷ Diese nicht zuletzt in Bezug auf den Neokolonialismus als Rechtsbegriff zu beachtende Erkenntnis ist im Übrigen keineswegs neueren Datums. Exemplarisch sei in diesem Zusammenhang auf die Aussage *Friedrich Carl von Savignys* hingewiesen, derzufolge eine Auslegung „nicht etwa ausgeschlossen [ist] durch einen hohen Grad der Dunkelheit [des Gesetzes]“.⁷⁸ Er glaube nicht – so *Savigny* an anderer Stelle – „daß es Gesetze giebt, woran die Auslegungskunst gänzlich verzweifeln müßte“.⁷⁹

Die nähere Konturierung von Neokolonialismus als Rechtsbegriff und seine Anwendung in der Rechtspraxis können dabei schon aus Gründen der Rechtssicherheit selbstverständlich nicht allein in Anlehnung an den im Jahre 1964 in einem gänzlich anderen Zusammenhang geprägten Satz des Richters am US-Supreme Court *Potter Stewart*: „I know it when I see it“⁸⁰ erfolgen. Vielmehr sind aus übergreifender Perspektive im Rahmen des Prozesses der rechtsdogmatischen Erfassung zunächst einmal zwei zentrale Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Der erste Aspekt betrifft die Realisierung der außerrechtlichen Verwiesenheit des Neokolonialismus als Rechtsbegriff. Bereits im Rahmen der semantischen Betrachtung, welche den Ausgangspunkt der Konkretisierung bildet,⁸¹ wird deutlich, dass der Neokolonialismus von seinem Ursprung her – und auch nachfolgend in Bezug auf seine Verwendung in jüngerer Zeit – kein Ausdruck des spezifischen juristischen Sprachgebrauchs ist, sondern es sich, ebenso wie im Hinblick auf zahlreiche weitere Rechtskonzepte,⁸² in zentraler Weise um einen Terminus der politisch-sozialen Begriffssprache handelt. Diese „Seinsgebundenheit [...] juristischer Begriffe“⁸³ lässt es angezeigt erscheinen, auch im Rahmen der inhaltlichen

76 Hierzu statt sehr vieler *Tietje*, Normative Grundstrukturen der Behandlung nichttarifärer Handelshemmnisse, 174 („Die vorzufindende Komplexität und semantische Interpretationsoffenheit kann für eine Systematisierung [...] durch die Rechtswissenschaft freilich kein Hindernis sein.“); sowie *Nowrot*, Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft, 150 ff., m.w.N.

77 *Nipperdey*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 12 (1954), 92 (97).

78 *von Savigny*, System des heutigen Römischen Rechts, Bd. 1, 208 („Eben so aber ist auf der anderen Seite jene Thätigkeit nicht etwa ausgeschlossen durch einen hohen Grad der Dunkelheit (a). Vielmehr müssen wir behaupten, daß namentlich den Richter, nach der allgemeinen Natur seines Amtes, die Dunkelheit eines Gesetzes niemals abhalten darf, eine bestimmte Meynung über dessen Inhalt zu fassen, und darnach ein Urtheil zu sprechen.“).

79 *Ibid.*, 306 f. (Allein zuvörderst glaube ich nicht, daß es Gesetze giebt, woran die Auslegungskunst gänzlich verzweifeln müßte.“).

80 Vgl. die „Concurring Opinion“ von Justice *Potter Stewart* im Urteil des United States Supreme Court in *Jacobellis v. Ohio*, 378 U.S. 184, 197 (1964). Siehe hierzu auch beispielsweise *Gewirtz*, Yale Law Journal 105 (1996), 1023 ff.

81 So auch exemplarisch *Fikentscher*, Methoden des Rechts, Bd. III, 670.

82 Hierzu statt vieler *Nowrot*, Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft, 219 ff., m.w.N.

83 *Leibholz*, Blätter für Deutsche Philosophie 5 (1931/32), 175 (188 Fn. 49a); vgl. hierzu auch statt vieler *Kahn*, The Cultural Study of Law, 31 ff.; *Posner*, Frontiers of Legal Theory, 145 ff.; *Nowrot*, Das Republikprinzip in der

Präzisierung und rechtsdogmatischen Durchdringung des Neokolonialismus als Rechtsbegriff die entsprechenden politischen und sozialwissenschaftlichen Überlegungen und damit zunächst einmal außerrechtlichen Bedeutungsgehalte zu berücksichtigen. Nur auf diese Weise lässt sich – so beispielsweise *Gerhard Leibholz* – verhindern, dass die vom Recht aufgenommenen „historischen Begriffe selbst ihres spezifisch geistigen Gehalts entkleidet und zu technischen Begriffen denaturiert“ werden.⁸⁴

Die somit auch im Rahmen der inhaltlichen Präzisierung des Neokolonialismus als Rechtsbegriff gebotene Berücksichtigung bzw. Übernahme außerrechtlicher Bedeutungsgehalte kann jedoch, und dies bildet den zweiten zentralen Gesichtspunkt, aus der Perspektive der juristischen Dogmatik nicht gleichsam unkontrolliert erfolgen. Abgesehen von dem sich hierbei nicht selten stellenden Auswahlproblem im Rahmen der Ermittlung und insbesondere gewichtenden Bewertung der außerrechtlichen Quellen,⁸⁵ würde eine solche Vorgehensweise insbesondere auch dem prinzipiellen disziplinären Selbststand juristischer Begriffsbildung widersprechen. Es besteht zu Recht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Rechtswissenschaft und -praxis im Prozess der Konkretisierung von durch außerrechtliche Verwiesenheit gekennzeichneten Rechtsbegriffen zwar auf rechtsexterne Bedeutungsgehalte und ein interdisziplinär informiertes Vorgehen angewiesen sind, gleichwohl aber die außerrechtlichen Begriffsverständnisse nicht unverändert und *in toto* übernommen werden. Nachdem sie durch Aufnahme in den Gesetzestext bzw. Vertragstext „in den Aggregatzustand des Rechts über[gegangen sind]“,⁸⁶ stellt sich die inhaltliche Erschließung ursprünglich politisch-sozialer oder ökonomisch geprägter Begriffe vielmehr grundsätzlich als eine autonome juristische Aufgabe dar, welche Wertungen sowie Auswahl- und Modifikationsentscheidungen unter Berücksichtigung der Eigengesetzlichkeiten des Rechts erfordert.⁸⁷

Zur Erfüllung dieser Aufgabe erscheint es dabei, soweit möglich, insbesondere angezeigt, eine wertende Rückbindung der außerrechtlichen Bedeutungsgehalte an etablierte völkerrechtliche Grundsätze und Konzepte vorzunehmen, also auch den zu konkretisierenden Rechtsbegriff des Neokolonialismus in Beziehung zu völkerrechtlichen Grundprinzipien zu setzen und auf diese Weise rechtsdogmatisch einzuordnen und für die Rechtspraxis anwendbar zu gestalten. In diesem Zusammenhang sei vorliegend nur daran erinnert, dass nicht zuletzt auch unter

Rechtsordnungsgemeinschaft, 228 ff., m.w.N.

84 So *Leibholz*, *Blätter für Deutsche Philosophie* 5 (1931/32), 175 (177); vgl. auch nachfolgend sehr deutlich *Engel*, in: ders./Schön (Hrsg.), *Das Proprium der Rechtswissenschaft*, 205 (231) („zur Interdisziplinarität verdammt“). Speziell zur methodischen Grundlegung dieser Vorgehensweise und damit zu ihrer Rückführbarkeit auf die Grundstrukturen juristischer Argumentation *Nowrot*, *Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft*, 246 ff., m.w.N.

85 Allgemein und eingehender zu dieser Herausforderung *Nowrot*, *Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft*, 257 ff., m.w.N.

86 *Isensee*, in: *Wendt/Höfling/Karpen u.a. (Hrsg.), Festschrift für Karl Heinrich Friauf*, 705 (709); vgl. überdies z.B. *Fehling*, in: *Trute u.a. (Hrsg.), Allgemeines Verwaltungsrecht*, 461 (467 f.); *Jesch*, *AöR* 82 (1957), 163 (178) („Dieser [der Begriff aus einem anderen Wissenschaftsbereich] wird ‚verrechtlicht‘, er wird damit zu einem juristischen Begriff.“).

87 Zum eigenständigen Charakter rechtlicher Begriffsbildung und Interpretationsleistung trotz Notwendigkeit eines interdisziplinär informierten Vorgehens vgl. z.B. *Mestmäcker*, *ZHR* 1973, 97 (101) („Je nachdrücklicher damit auf die Interdisziplinarität von Rechts- und Wirtschaftswissenschaften hingewiesen ist, desto entscheidender wird es, die Selbständigkeit der Funktionen des Rechts gerade auch gegenüber dem Wirtschaftlichen zu explizieren und durchzusetzen. Das Recht nimmt wirtschaftliche Regelungszusammenhänge in Bezug, es entnimmt ihnen wichtige inhaltliche Momente für die Normen, aber die Selektion dieser Momente, ihr Verhältnis zueinander, die Anerkennung freien Handelns oder die Notwendigkeit seiner Einschränkung muß es durch die Gesetzgebung und in der Auslegung der Normen selbst bestimmen.“); *Radbruch*, *Rechtsphilosophie*, 118 („Freilich übernimmt die Rechtswissenschaft keinen außerrechtswissenschaftlichen Begriff, ohne ihn zugleich umzuformen.“); *Nolte*, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 43 (2008), 1 (3 f.); *Jestaedt*, *Das mag in der Theorie richtig sein ...*, 30 ff., 77 ff.; *Mastronardi*, *Juristisches Denken*, 189 f.; *Möllers*, *VerwArch* 93 (2002), 22 (44 ff.); sowie allgemein zur notwendigen Rückübersetzung der aus den Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften gewonnen Einsichten „in einen genuin rechtswissenschaftlichen Diskurs“ auch *Haltern*, *Europarecht*, 8.

anderem bereits die grundsätzliche juristische Erfassung des Kolonialismus selbst auf der Basis eines entsprechenden Ansatzes erfolgt ist. Die weitgehende internationale Ächtung dieses Phänomens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie das hiermit verbundene internationalrechtliche Gebot einer Dekolonisierung fanden ihre zentrale völkerrechtliche Grundlage bekanntermaßen in dem übergreifenden – also in seinem Anwendungsbereich über den spezifischen kolonialen Kontext hinausreichenden – Rechtsprinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker.⁸⁸ Darüber hinaus, und auch dies verdeutlicht wiederum die ordnende Bedeutung übergreifender etablierter völkerrechtlicher Konzepte in diesem juristischen Konkretisierungsprozess, würde sich eine etwaige neu stattfindende Kolonisation im klassischen Sinne eines staatlichen Territoriums durch einen anderen Staat heute zweifelsohne als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker⁸⁹ sowie nicht zuletzt natürlich auch als Verletzung des in Art. 2 Ziff. 4 der Charta der Vereinten Nationen (UN-Charta)⁹⁰ völkervertragsrechtlich verankerten sowie darüber hinaus Geltung als Völkergewohnheitsrecht beanspruchenden völkerrechtlichen Gewaltverbots⁹¹ darstellen.

Vor dem Hintergrund dieser beiden im Rahmen des Prozesses der rechtsdogmatischen Erfassung zu berücksichtigenden Gesichtspunkte stellt sich damit der Neokolonialismus aus juristischer Perspektive als ein völkerrechtlicher Kooperationsbegriff dar. Dieser Terminus erscheint gegenüber anderen Charakterisierungen wie der namentlich im deutschen verfassungsrechtlichen Kontext vergleichsweise prominenten Beschreibung als „Schleusenbegriffe“⁹² schon deswegen vorzugswürdig, weil sich auf seiner Grundlage die für eine Konkretisierung dieses Rechtsbegriffs notwendigen Entfaltungsschritte – ohne Gefahr zu laufen, falsche

88 Hierzu statt sehr vieler Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples, UN Doc. GA-Res. 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960; IGH, *Accordance with International Law of the Unilateral Declaration of Independence in Respect of Kosovo*, Advisory Opinion, ICJ-Reports 2010, 403 (436) („During the second half of the twentieth century, the international law of self-determination developed in such a way as to create a right to independence for the peoples of non-self-governing territories and peoples subject to alien subjugation, domination and exploitation [...]“); IGH, *Legal Consequences of the Separation of the Chagos Archipelago from Mauritius in 1965*, Advisory Opinion, ICJ-Reports 2019, 95 (131 ff.); siehe auch exemplarisch die Wahrnehmung von Hébié, *Leiden Journal of International Law* 28 (2015), 529 (530) („international law has dealt with the phenomenon of colonialism through the principle of self-determination“); Delbrück, *Vereinte Nationen* 25 (1977), 6 (8) („Das Schwergewicht völkerrechtlicher Praxis zum Selbstbestimmungsrecht lag nach dem Zweiten Weltkrieg im Bereich der Dekolonisierung durch die Organisation der Vereinten Nationen.“); Oeter, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 1, Self-Determination, Rn. 8 ff.; Khan, *Decolonization*, Rn. 11 ff., in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024); van den Driest, in: Rose u.a., *Public International Law*, 35 (51 f.); Crawford, *Brownlie’s Principles of Public International Law*, 130 f.; Craven/Parfitt, in: Evans (Hrsg.), *International Law*, 206 (217 ff.); Thürer/Burri, *Self-Determination*, Rn. 34, in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024) („Decolonization has always been the firm ground on which the right to self-determination was applied.“).

89 In diesem Sinne auch schon z.B. Hébié, *Leiden Journal of International Law* 28 (2015), 529 (535) („Hence, self-determination would justify the right of African peoples to independence, should calls to a re-colonization of the Continent ever be successful.“); sowie Doebling, *Völkerrecht*, 331.

90 Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945, abgedruckt in: *Documents of the United Nations Conference on International Organization*, Bd. 15, 1945, 336; BGBl. 1973 II, 431; mit nachfolgender Änderung, abgedruckt in: BGBl. 1974 II, 769.

91 Allgemein und eingehender zum Rechtscharakter und Regelungsgehalt des völkerrechtlichen Gewaltverbots siehe z.B. IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (97 ff.); IGH, *Case Concerning Armed Activities on the Territory of the Congo* (Democratic Republic of Congo v. Uganda), ICJ-Reports 2005, 168 (223) („The prohibition against the use of force is a cornerstone of the United Nations Charter.“); Tams, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 1, Art. 2 (4), Rn. 27 ff.; Bothe, in: Proelß (Hrsg.), *Völkerrecht*, 893 (902 ff.); Klabbers, *International Law*, 203 ff.; Gill/Tibori-Szabo, *The Use of Force*, 57 ff.

92 Siehe hierzu insbesondere Böckenförde, in: Ehmke/Schmid/Scharoun (Hrsg.), *Festschrift für Adolf Arndt*, 53 f.; ders., in: Achterberg/Krawietz/Wyduckel (Hrsg.), *Festschrift für Hans Ulrich Scupin*, 317 (329 f.); vgl. hierzu sowie zu weiteren Charakterisierungen im Schrifttum Nowrot, *Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft*, 242 ff., m.w.N.

Assoziationen hervorzurufen – in adäquater Weise begrifflich erfassen lassen. Wie bereits zu Recht im Schrifttum hervorgehoben, erweckt der Terminus „Schleusenbegriffe“ fälschlicherweise den Eindruck, außerrechtliche Bedeutungsgehalte würden unter Außerachtlassung des prinzipiellen disziplinären Selbststandes juristischer Begriffsbildung gleichsam ungefiltert in die normativen Ordnungsstrukturen des Rechts einströmen⁹³ und lässt somit „die Frage nach der Grenze der Rezeption und ihrer Abgrenzung zur eigenständig rechtlichen Bedeutungszuschreibung oft gefährlich in der Schwebe“.⁹⁴ Demgegenüber bringt die Bezeichnung „völkerrechtlicher Kooperationsbegriff“ zum Ausdruck, dass die Radizierung von Rechtsbegriffen in der politisch-sozialen Begriffssprache sowie ihre hieraus folgende interdisziplinäre Gebundenheit zwar einen Rekurs auf außerrechtliche Bedeutungsgehalte erfordert und die Jurisprudenz insofern zur rechtlichen Bedeutungsermittlung auf eine Kooperation mit anderen Wissenschaftszweigen und ihren Erkenntnissen angewiesen ist. Gleichzeitig stellt er aber auch in gebotener Deutlichkeit dar, dass sich diese Konkretisierungsprozesse nicht in einer unkontrollierten Aufnahme rechtsexterner Inhalte bzw. einer inhaltlichen Erschließung der entsprechenden Rechtsbegriffe durch andere Wissenschaften oder sonstige außerrechtliche Quellen erschöpfen, sondern es sich aus rechtswissenschaftlicher Perspektive – im Unterschied zu einem ungefilterten Einströmen – eben „nur“ um ein Kooperationsverhältnis handelt, welches eine reflektierende und gegebenenfalls auch abstrahierende Rezeption zum Gegenstand hat und somit im Ergebnis auf eine disziplinäre sowie im Grundsatz auch Anspruch auf positiv-rechtliche Relevanz erhebende Begriffsbestimmung ausgerichtet ist.

E. Völkerrechtsdogmatische Erfassung des Neokolonialismus im Einzelnen

In Anwendung dieser Überlegungen bzw. dieses Konkretisierungsansatzes im Hinblick auf die rechtsdogmatische Erfassung des Neokolonialismus als völkerrechtlichem Kooperationsbegriff ist zunächst in einem ersten Schritt zu konstatieren, dass sich auf politischer sowie insbesondere auch sozialwissenschaftlicher Ebene in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt durchaus zahlreiche Ansätze nachweisen lassen, welche darauf abzielen, diesen Terminus einer näheren inhaltlichen Konturierung zuzuführen. In diesem Zusammenhang sei hier zunächst auf die bereits eingangs⁹⁵ erwähnte „Resolution on Neocolonialism“ verwiesen, welche im März 1961 von der Dritten All-African Peoples' Conference in Kairo verabschiedet worden ist. Zwar ist diese Resolution nicht dem Bereich des so genannten „soft law“ zuzurechnen, da an der Konferenz, im Unterschied beispielsweise zur First Conference of Independent African States im April 1958 in Accra, neben Staatenvertretern auch nichtstaatliche Akteure wie nationale Befreiungsbewegungen und Gewerkschaften in gleichberechtigter Weise mitwirkten.⁹⁶

93 Zu dieser Kritik bereits *Jestaedt*, Demokratieprinzip und Kondominalverwaltung, 150 ff.

94 So *Klement*, Verantwortung, 253 f.

95 Vgl. *supra* unter A.

96 Nach verschiedentlich und richtigerweise vertretener Auffassung im Schrifttum umfasst der Begriff „soft law“ im internationalen Kontext ausschließlich von Staaten und internationalen Organisationen hervorgebrachte Rechtserscheinungen. Er bezieht sich somit nicht auf internationale Standards und andere Steuerungsinstrumente, die von privaten Organisationen beziehungsweise zumindest unter unmittelbarer und weitgehend gleichberechtigter Beteiligung nicht-staatlicher Akteure von intermediären Institutionen geschaffen worden sind. Siehe hierzu unter anderem *Thürer*, Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F. 104 (1985), 429 (434); *Krajewski*, ZGR 2018, 271 (276); *Engel*, Völkerrecht als Tatbestandsmerkmal, 244 f.; *Nowrot*, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 90; anders allerdings beispielsweise *Giegerich*, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht 46 (2014), 101 (111); *Kirton/Trebilcock*, in: dies. (Hrsg.), Hard Choices, Soft Law, 3 (9).

Unabhängig von seiner Einordnung in die Steuerungsmechanismen im internationalen System handelt es sich jedoch um eines der ersten zentralen Dokumente auf internationaler Ebene zu diesem Konzept. Diese Resolution charakterisiert den Neokolonialismus als „the survival of the colonial system in spite of formal recognition of political independence in emerging countries which become the victims of an indirect and subtle form of domination by political, economic, social, military or technical means“. “When the recognition of national independence becomes inevitable, they [die Neokolonialmächte] try to deprive these countries of their essence of real independence. This is done by imposing unequal economic, military and technical, conventions; [...]”. Neokolonialismus manifestiert sich dabei insbesondere “through economic and political intervention, intimidation and blackmail in order to prevent African states from directing their political, social and economic programmes towards the exploitation of their natural wealth for the benefit of their peoples”.⁹⁷

In deutlicher Weise an diese konzeptionellen Überlegungen anknüpfend, qualifiziert nachfolgend *Kwame Nkrumah* in seiner einflussreichen Begriffsbeschreibung aus dem Jahre 1965 dieses Phänomen in folgender Weise: „In place of colonialism as the main instrument of imperialism we have today neo-colonialism. The essence of neo-colonialism is that the State which is subject to it is, in theory, independent and has all the outward trappings of international sovereignty. In reality its economic system and thus its political policy is directed from outside.”⁹⁸ Dabei betont *Nkrumah* gerade auch den vielgestaltigen, multidimensionalen Charakter neokolonialistischer Bemühungen und ihrer Repräsentanten, welche „operate not only in the economic field, but also in the political, religious, ideological and cultural spheres”.⁹⁹ Diese Vorstellung von Neokolonialismus als eine Art von “Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln”¹⁰⁰ auf der Basis einer weiterhin bestehenden Ausbeutungsabsicht,¹⁰¹ nunmehr praktiziert gegenüber unabhängig und damit souverän gewordenen Staaten im Wege vielgestaltiger Formen der Einmischung in deren eigene Angelegenheiten,¹⁰² unter Rekurs auf

97 Der Text dieser Resolution ist u.a. abgedruckt in: *Legum*, Pan-Africanism, 254 ff.; sowie in: *Barongo*, Neocolonialism and African Politics, 87 ff.

98 *Nkrumah*, Neo-Colonialism – The Last Stage of Imperialism, IX.

99 *Nkrumah*, Neo-Colonialism – The Last Stage of Imperialism, 239; ebenso nachfolgend unter anderem *Woddis*, An Introduction to Neo-Colonialism, 61 ff.; *Smith*, U.S. Neocolonialism in Africa, 39 f.; *Shrimpton*, Public Interest Law Journal of New Zealand 8 (2021), 81 (82) („reproducing colonial dynamics through indirect economic, political, social and cultural coercion“); *Young*, Postcolonialism, 48; *Deinla*, Philippine Law Journal 88 (2014), 1 (31 ff.); *John/Messina/Odumegwu*, PanAfrican Journal of Governance and Development 4 (No. 2, 2023), 3 (8); *Kavoori*, Critical Studies in Mass Communication 15 (1998), 195 (196) („cultural imperialism“); *Diallo*, in: Götsche/Dunker/Dürbeck (Hrsg.), Handbuch Postkolonialismus und Literatur, 194 (195 f.); vgl. auch die Wahrnehmung von *Gössl*, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht 52 (2024), 45 (49). Zurückhaltender demgegenüber z.B. *Barongo*, Neocolonialism and African Politics, 13 f.

100 *Bryde*, Verfassung und Recht in Übersee 4 (1971), 51 (55); ähnlich bereits beispielsweise *Woddis*, An Introduction to Neo-Colonialism, 10 („in a sense colonialism in a new form“); *Legum*, Pan-Africanism, 119 („threat by the former colonial powers to establish ‘backdoor colonialism‘“); vgl. auch *Young*, Postcolonialism, 44 („in many ways a more subtle, indirect version of the old“); *Amin*, Neo-Colonialism in West Africa, 273 f.; *Galtung*, The European Community, 84 („The total impression is that these are old policies pursued with new means.“); *Faleiro*, World Affairs 16 (No. 4, 2012), 12 (14); *Ukpe*, AKSU Journal of Administration and Corporate Governance 1 (No. 1, 2021), 49 (50) („covered bond of colonialism“); *Wanki*, African Human Rights Law Journal 23 (2023), 228 (237 f.); *Kavoori*, Critical Studies in Mass Communication 15 (1998), 195 (198) („indirect colonialism“); sowie nachfolgend aus der Perspektive der sozialistischen Völkerrechtslehre u.a. *Heintze/Mohr*, in: Oeser/Poeggel (Hrsg.), Völkerrecht – Grundriß, 125 (127) („die Fortsetzung der gesetzmäßig von den imperialistischen Mächten ausgehenden kolonialen Bestrebungen unter den Bedingungen des Zerfalls der Kolonialreiche“).

101 Exemplarisch *Rich/Recker*, Journal of International and Area Studies 20 (2013), 61 (72) („inherently exploitative“); *Barongo*, Neocolonialism and African Politics, 39 („explicit sense of subordination, exploitation, and deprivation“).

102 Vgl. beispielsweise explizit schon *Woddis*, An Introduction to Neo-Colonialism, 118 („The very emergence of neo-colonialism is an expression of the continued capacity of imperialism to intervene in the affairs of other states.“). Siehe in diesem Zusammenhang auch unter anderem die Rede des Vertreters der Vereinigten Arabischen Republik, *El-Kony*, in einer Sitzung des First Committee der UN-Generalversammlung, UN Doc. A/C.1/SR.1403 vom 9. Dezember 1965, S. 299 („Another form of intervention is neo-colonialism, which could take the form of economic pressure or subversive

„indirect methods of domination“¹⁰³ findet sich, bei allen Unterschieden im Übrigen und im Einzelnen, zumindest im Grundsatz auch nachfolgend und bis in die jüngste Zeit hinein in einem Großteil¹⁰⁴ der diesem Konzept affirmativ zugewandten wissenschaftlichen Literatur.

Schließlich sei auch darauf hingewiesen, dass sich überdies in der sozialistischen Völkerrechtslehre ein hieran deutlich angelehntes Begriffsverständnis nachweisen lässt. Dies verdeutlicht beispielsweise die folgende Aussage: „Der Imperialismus ist deshalb [vor dem Hintergrund des Endes des klassischen Kolonialismus] dazu übergegangen, mit einer Politik der Ausbeutung und Bevormundung der ehemaligen kolonialen Länder deren Abhängigkeit aufrechtzuerhalten. Sie ist die Fortsetzung der gesetzmäßig von den imperialistischen Mächten ausgehenden kolonialen Bestrebungen unter den Bedingungen des Zerfalls der Kolonialreiche und wird als *Neokolonialismus* bezeichnet.“¹⁰⁵

Dieses in entsprechenden politischen und sozialwissenschaftlichen Überlegungen im Grundsatz sehr präsente und damit auch aus politisch-sozialer Perspektive durchaus prägende Verständnis von Neokolonialismus lässt überdies den Schluss zu, dass sich das so verstandene Konzept keineswegs auf ein gänzlich neues und erst in Folge der Prozesse der Dekolonisierung seit Ende der 1940er Jahre aufgetretenes Phänomen bezieht.¹⁰⁶ Vielmehr gab es auch zur Zeit des Kolonialismus selbst, insbesondere im 19. sowie der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, parallel und ergänzend zu diesen formal begründeten Herrschaftsverhältnissen in der Staatenpraxis verschiedenste Manifestationen einer quasi-kolonialen Kontrolle von politisch selbständig bleibenden Staaten im Wege einer informellen Einfluss- und Interessensicherung beispielsweise auf der Grundlage so genannter „unequal treaties“¹⁰⁷; ein Phänomen, welches beispielsweise als „informal colonialist control“¹⁰⁸ bzw. in den Geschichtswissenschaften unter anderem als „informal empire“ bezeichnet wird,¹⁰⁹ aber jedenfalls unter Zugrundelegung des heute vorherrschenden politisch-sozialen Begriffsverständnisses von Neokolonialismus mit einiger Berechtigung eben auch als gleichsam „alter“ Neokolonialismus charakterisiert werden kann. Dies galt beispielsweise für Siam/Thailand seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.¹¹⁰

activities aimed at undermining the territorial integrity and political and economic independence of newly independent states.”).

103 Woddis, An Introduction to Neo-Colonialism, 51; vgl. auch statt vieler Rossi, The Third World, 74 („indirect forms of interference threatening the long and painful transition to viability”); Leys, Underdevelopment in Kenya, 27 („an indirect and subtle form of domination”); Boutros-Ghali, International Conciliation 1964, 5 (34 f.); Diallo, in: Götttsche/Dunker/Dürbeck (Hrsg.), Handbuch Postkolonialismus und Literatur, 194 f.; Ahluwalia, Seattle Journal of Environmental Law 9 (2019), 357 (372); Martin, The Journal of Modern African Studies 20 (1982), 221 (227); Odijie, Journal of European Integration 44 (2022), 347 (349); Lee, Georgetown Journal of International Law 40 (2009), 1103 (1111 f.); Lumumba-Kasongo, African and Asian Studies 10 (2011), 234 (246); Huggan, Links & Letters 1997, 19 f.; Jackson, Berkeley Journal of African-American Law & Policy 11 (2009), 156 (162); Camacho/Huseynli, Preventing the Exploitation of Developing Nations, 1; Shrimpton, Public Interest Law Journal of New Zealand 8 (2021), 81 (90) („when nation states influence or control other nation states through indirect economic, political, cultural, social and technological means”).

104 Eine Ausnahme bildet insoweit beispielsweise Shaw, The Journal of Modern African Studies 20 (1982), 239 ff.

105 Heintze/Mohr, in: Oeser/Poeggel (Hrsg.), Völkerrecht – Grundriß, 125 (127) (Hervorhebung im Original).

106 So denn auch beispielsweise ausdrücklich schon Woddis, An Introduction to Neo-Colonialism, 45 ff.

107 Zur Diskussion über „unequal treaties“ vgl. aus völkerrechtlicher Perspektive beispielsweise Peters, Treaties, Unequal, Rn. 1 ff., in: dies. (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024); Caflisch, German Yearbook of International Law 35 (1992), 52 ff.; Craven, Nordic Journal of International Law 74 (2005), 335 ff.; Li, Houston Journal of International Law 38 (2016), 465 (466 ff.); aus dem sozialwissenschaftlichen Schrifttum siehe u.a. Kleinschmidt, Zeitschrift für Weltgeschichte 13 (2012), 113 ff.

108 So unter anderem Goldsmith, World Affairs 6 (Nr. 2, 2002), 18 (30).

109 Eingehender zu diesem Phänomen und seiner begrifflichen Erfassung in der Geschichtswissenschaft vgl. z.B. Osterhammel/Jansen, Kolonialismus, 24 ff., m.w.N.

110 Siehe zu den entsprechenden Entwicklungen Wyatt, Thailand, 178 ff.; Baker/Phongpaichit, A History of Thailand, 39 ff.; vgl. auch beispielsweise die Bewertung von Wise, Thailand, xvi f.

I. Rückbindung an das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten

Versucht man nunmehr in einem zweiten Schritt eine Rückbindung dieses zunächst einmal außerrechtlichen, politisch-sozialen bzw. auch sozialwissenschaftlichen Begriffsverständnisses an etablierte völkerrechtliche Grundsätze und Konzepte mit dem Ziel einer rechtsdogmatischen Einordnung des Neokolonialismus als Rechtsbegriff, so zeigt sich als erstes im Sinne eines vergleichenden Ausgangsbefundes, dass – namentlich im Unterschied zur völkerrechtlichen Erfassung des klassischen Kolonialismus und dem hiermit eingehenden internationalrechtlichen Gebot einer Dekolonisierung – das Selbstbestimmungsrecht der Völker im vorliegenden Kontext des Neokolonialismus jedenfalls nicht die primäre völkerrechtliche Grundlage und damit auch nicht den Ausgangspunkt einer konzeptionellen Einordnung dieses Phänomens in die Ordnungsstrukturen der internationalen Rechtsordnung bildet.¹¹¹ Hiergegen spricht insbesondere der Umstand, dass das Konzept des Neokolonialismus, im Gegensatz zum Kolonialismus, die indirekte Kontrolle von unabhängigen Staaten auf der Basis einer im Einzelnen vielgestaltigen externen Einmischung bzw. Beeinflussung und Steuerung durch andere Staaten zum Gegenstand hat, die hiervon betroffenen Staaten jedoch selbst nicht Träger des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts sind.¹¹²

Angesichts seiner Grundausrichtung auf die Behandlung eines unabhängigen und damit souveränen Staates durch andere Staaten ist als Basis für die rechtsdogmatische Erfassung des Konzepts des Neokolonialismus vielmehr zunächst einmal in erster Linie das in Art. 2 Ziff. 1 UN-Charta völkervertragsrechtlich verankerte Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten heranzuziehen.¹¹³ Die positivrechtlich relevante Qualifizierung bzw. – angesichts des hiermit verbundenen Unwerturteils¹¹⁴ – Verurteilung einer Situation oder Vorgehensweise als neokolonial lässt sich damit im Wege der Rückbindung an etablierte völkerrechtliche Prinzipien in einem ersten Schritt auch als ein Verstoß gegen den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten bzw. – präziser – als Verletzung der aus diesem Grundsatz ableitbaren spezifischeren völkerrechtlichen Rechts- und Schutzpositionen des hiervon betroffenen Staates beschreiben und erfassen. Zu diesen völkerrechtlichen Schutzmechanismen gehört neben dem Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen gerade auch das von seinem sachlichen Anwendungsbereich sehr viel weitere¹¹⁵ und schon vor diesem Hintergrund im vorliegenden Kontext potentiell besonders praxisrelevante Interventionsverbot.¹¹⁶

111 Anders aus zumindest auch rechtswissenschaftlich inspirierter Perspektive aber z.B. *Bryde*, Verfassung und Recht in Übersee 4 (1971), 51 (55); sowie aus der Perspektive der sozialistischen Völkerrechtslehre *Heintze/Mohr*, in: Oeser/Poeggel (Hrsg.), Völkerrecht – Grundriß, 125 (127).

112 Vgl. auch statt vieler *Stein/von Buttlar/Kotzur*, Völkerrecht, § 39, Rn. 7 („Träger des Selbstbestimmungsrechts sind die Völker, nicht die Staaten.“); *Heintze*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 10, Rn. 43; siehe auch UN, Report of the Working Group on the Use of Mercenaries as a Means of Violating Human Rights and Impeding the Exercise of the Right of Peoples to Self-Determination, UN Doc. A/70/330 vom 19. August 2015, Rn. 39 f.

113 Im Grundsatz die Relevanz dieses Rechtsprinzips im Kontext des Neokolonialismus und seiner Einordnung in die internationale Rechtsordnung hervorhebend vgl. aus der Perspektive der sozialistischen Völkerrechtslehre auch bereits *Heintze/Mohr*, in: Oeser/Poeggel (Hrsg.), Völkerrecht – Grundriß, 125 (127).

114 Vgl. hierzu bereits *supra* unter C.

115 Zum Verhältnis zwischen völkerrechtlichem Gewaltverbot und Interventionsverbot siehe statt vieler IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (108); IGH, *Case Concerning Armed Activities on the Territory of the Congo* (Democratic Republic of Congo v. Uganda), ICJ-Reports 2005, 168 (227); *Kriener*, Intervention, Prohibition of, Rn. 22 f., in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).

116 Zur Charakterisierung dieser völkerrechtlichen Regelungen als Schutzmechanismen für die souveräne Gleichheit der Staaten vgl. z.B. schon *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 796; *Hobe*, Einführung in das Völkerrecht, 239

Wie im Grundsatz auch im politisch-sozialen bzw. sozialwissenschaftlichen Begriffsverständnis angelegt, ist eine neokoloniale Vorgehensweise aus völkerrechtlicher Perspektive damit vor allem dann zu bejahen, wenn – als objektives Tatbestandsmerkmal – ein Verstoß gegen den Grundsatz der Nichteinmischung als einem der „most fundamental principles and rules of international law“¹¹⁷ gegeben ist. Dies setzt – insoweit ganz überwiegend unstrittig – voraus, dass ein Staat sich durch Anwendung oder Androhung von Zwang in diejenigen inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischt, die letzterem aufgrund seiner Souveränität zur freien Entscheidung¹¹⁸ zugewiesen sind. Hierzu gehört unter anderem grundsätzlich das Recht jedes Staates, sein politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System frei zu wählen sowie über die Gestaltung seiner auswärtigen Politik selbst zu entscheiden.¹¹⁹

Die weitgehende Anerkennung dieser übergreifenden Konturen des völkerrechtlichen Interventionsverbots sollte zwar nicht gleichsam vorschnell zu der Annahme veranlassen, dass ihre rechtspraktische Anwendung im konkreten Fall – und damit die Möglichkeit der Feststellung eines Verstoßes in einer spezifischen Sachverhaltskonstellation – sich als gleichsam müheloser und im Hinblick auf das Ergebnis unkontroverser Subsumtionsvorgang darstellt. Eher ist das Gegenteil der Fall.¹²⁰ Bekanntermaßen ist die Interpretation der einzelnen Tatbestandsvoraussetzungen des völkerrechtlichen Grundsatzes der Nichteinmischung – und damit auch ihre Anwendung in der Rechtspraxis – im Einzelnen in der Praxis der Staaten und der Völkerrechtslehre teilweise hoch umstritten. Dies gilt im Prinzip bereits für die Frage der vom Schutzbereich dieser Norm umfassten inneren und äußeren Angelegenheiten, insbesondere aber auch für die nähere Konturierung der unzulässigen Einwirkungsmittel und -methoden.¹²¹ Und aus diesem Befund ergeben sich natürlich auch Konsequenzen für die völkerrechtlich relevante Qualifizierung einer staatlichen Maßnahme bzw. Vorgehensweise als neokolonial. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um spezifische oder gar singuläre Herausforderungen im Zusammenhang mit der Anwendung des Neokolonialismus als Rechtsbegriff in der Völkerrechtspraxis. Sie sind vielmehr gleichsam „normale“ Diffizilitäten, die sich auf der Ebene des allgemeinen Völkerrechts aus dem teilweise mangelnden Konsens über die konkreten Regelungsinhalte des Interventionsverbots ergeben und unter Rückgriff auf die juristische Methodik

f.; Kokott/Mälksoo, States, Sovereign Equality, Rn. 1, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024); Schweisfurth, Völkerrecht, 353 f.; Wittich, in: Reinisch (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts, Bd. I, 459; siehe auch IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (106) („a corollary of the principle of the sovereign equality of States“). Zur Einschlägigkeit des Interventionsverbots speziell im Kontext des Neokolonialismus vgl. auch bereits die entsprechende Bemerkung von Hébié, *Leiden Journal of International Law* 28 (2015), 529 (535) („Facts evidencing neo-colonialism may however breach other rules of international law such as the principle of non-interference in domestic affairs [...]“).

117 IGH, *Case Concerning Armed Activities on the Territory of the Congo* (Democratic Republic of Congo v. Uganda), Reparations, ICJ-Reports 2022, 13 (41).

118 Hierzu auch exemplarisch von Arnould, Völkerrecht, Rn. 356 („Schutzgut ist die Entscheidungsfreiheit des Staates; dessen souveräner Wille soll nicht durch Zwang dem Willen eines anderen Staates untergeordnet werden.“).

119 In diesem Sinne statt vieler IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (108); Wittich, in: Reinisch (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts, Bd. I, 459 (461); Shaw, *International Law*, 1008; Schweisfurth, Völkerrecht, 353 ff.; Gornig, Völkerrecht, § 46, Rn. 4 ff.

120 Zu dieser Wahrnehmung auch statt vieler Kriener, *Intervention, Prohibition of*, Rn. 57, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024) („The prohibition of intervention is firmly established in customary international law. However, aside from a few forms of intervention, the application of this rule is heavily contested. States frequently argue on multiple levels whether a measure constitutes prohibited intervention.“).

121 Eingehender zu den im Einzelnen umstrittenen Aspekten vgl. beispielsweise Athen, *Der Tatbestand des völkerrechtlichen Interventionsverbots*, 20 ff.; Kriener, *Intervention, Prohibition of*, Rn. 3 ff., in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).

in rechtswissenschaftlich anschlussfähiger Weise einer vertretbaren Lösung zugeführt werden müssen und können.

Gleichwohl stellt sich nicht jeder Verstoß gegen das Interventionsverbot oder andere aus dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten ableitbare völkerrechtliche Rechts- und Schutzpositionen als Neokolonialismus dar. Eine solche Vorstellung würde schon dem im Rahmen der Konkretisierung dieses völkerrechtlichen Kooperationsbegriffs gerade auch zu berücksichtigenden politisch-sozialen bzw. sozialwissenschaftlichen Begriffsverständnis nicht gerecht werden, welches nicht zuletzt durch die Betonung eines Näheverhältnisses zum klassischen Kolonialismus¹²² sowie – hiermit eng verbunden – eines schwerwiegenden Unwerturteils charakterisiert ist. Es sind damit insbesondere auch diese beiden Aspekte, die es bei der rechtsdogmatischen Erfassung des Neokolonialismus als Rechtsbegriff in angemessener Weise zu berücksichtigen gilt und die ihn von gleichsam „normalen“ Verletzungen des Grundsatzes der Nichteinmischung in einem qualifizierenden Sinne unterscheiden. Überdies lässt sich sehr gut vertreten, dass im Lichte der außerordentlichen Schwere des Unwerturteils und dem hiermit verbundenen rechtsfolgenbezogenen Transformationspotentials eine Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte – ebenso wie beispielsweise im Hinblick auf das Vorliegen von Völkermord und Apartheid – auch bei der juristischen Konturierung des Neokolonialismus im Sinne der Notwendigkeit der Erfüllung von im Vergleich zum Verstoß gegen das Interventionsverbot erhöhten Anforderungen geboten ist.¹²³

Unabhängig von der weiterhin umstrittenen Frage, ob bereits der Verstoß gegen das Interventionsverbot selbst jedenfalls in einzelnen Fallgruppen den Nachweis einer bestimmten politischen Intention auf Seiten des einwirkenden Staates voraussetzt,¹²⁴ ist daher – in Anlehnung an andere völkerrechtliche Normen mit schwerwiegendem normativen Unwerturteil wie dem Verbot des Völkermordes oder der Apartheid – zu konstatieren, dass die völkerrechtliche Qualifizierung einer Vorgehensweise bzw. einer Situation als neokolonial über die Erfüllung eines objektiven Tatbestandsmerkmals in Gestalt des Verstoßes gegen eine der aus dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten ableitbaren völkerrechtlichen Rechts- und Schutzpositionen hinaus auch – als subjektives Tatbestandsmerkmal – den Nachweis einer besonderen Absicht bzw. Intention des entsprechenden Staates erfordert. Um die in den außerrechtlichen Bedeutunggehalten angelegte Nähebeziehung zum traditionellen Kolonialismus in angemessener Weise zum Ausdruck zu bringen, orientiert sich der Inhalt der mit dem Vorgehen verfolgten politischen Ziele dabei an den Motiven, die dem herkömmlichen Phänomen des formellen Kolonialismus zugrunde lagen.

Unternimmt man den Versuch, die tatsächliche Komplexität auch in dieser Hinsicht systematisierend zu reduzieren,¹²⁵ so lassen sich im Grundsatz drei – je nach Einzelfall alternativ

122 Vgl. hierzu z.B. die Wahrnehmung von *Barongo*, *Neocolonialism and African Politics*, 7 („The two words, colonialism and its etymological offspring, neocolonialism, tend to be used almost invariably together.”).

123 Grundsätzlich zum Zusammenhang zwischen der mit einem Verstoß gegen eine völkerrechtliche Verpflichtung verbundenen Schwere des Unwerturteils und der Gebotenheit erhöhter Anforderungen, allerdings primär aus der Perspektive des Beweisrechts, vgl. auch z.B. bereits IGH, *Case Concerning Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide* (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), ICJ Reports 2007, 43 (129); IGH, *Legal Consequences Arising from the Policies and Practices of Israel in the Occupied Palestinian Territories including East Jerusalem*, Advisory Opinion of 19 July 2024, Separate Opinion of Judge Nolle, Rn. 12.

124 Zu dieser Diskussion vgl. u.a. *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 55, Rn. 47; *von Arnould*, *Völkerrecht*, Rn. 378; *Hoffmeister*, *Menschenrechts- und Demokratieklauseln*, 184 f.; *Kriener*, *Intervention, Prohibition of*, Rn. 48, in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).

125 Zu dieser Zwecksetzung von Systematisierungsansätzen *Luhmann*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 19 (1967), 615 (618 ff.); *ders.*, *Soziale Systeme*, 12, 50 und *passim*; vgl. überdies beispielsweise bereits *Brunner/Goodnow/Austin*, *A Study of Thinking*, 12 („A first achievement of categorizing has already been discussed. By categorizing as equivalent discriminable different events, the organism *reduces the complexity of its environment.*”)

oder auch kumulativ vorliegende – Zwecksetzungen bzw. Motive identifizieren.¹²⁶ Die Etablierung kolonialer Herrschaft über ein Territorium diene zunächst aus (sicherheits-)politischer Perspektive der spezifischen und exklusiven Erweiterung des Macht- und Einflussbereichs des kolonialisierenden Staates, insbesondere in Relation zu den anderen Kolonialmächten, die alle oftmals gerade auch in einem machtpolitischen und militärischen Wettbewerbsverhältnis zueinander standen. Weiterhin war die Aneignung einer Kolonie – alternativ oder kumulativ zu dem erstgenannten Aspekt – regelmäßig ökonomisch motiviert. In diesem Zusammenhang diene sie vor allem der auf Dauer angelegten Erschließung und Ausbeutung von Naturressourcen und menschlicher Arbeitskraft, aber seit dem 19. Jahrhundert auch zur Erlangung neuer Absatzmärkte für die in dem kolonialisierenden Staat hergestellten Industrieprodukte. Schließlich erfuhr der Kolonialismus, aus einer moralisch-kulturellen Perspektive betrachtet, seine Rechtfertigung aber auch durch die behauptete Gebotenheit einer „Zivilisierung“¹²⁷ der in den Kolonien lebenden und unter anderem als kulturell rückständig wahrgenommenen Bevölkerung auf der Grundlage verschiedener sendungsideologischer Doktrinen.

In Übertragung dieses Befundes erfordert der Neokolonialismus als völkerrechtlicher Begriff somit als subjektives Tatbestandsmerkmal den Nachweis einer besonderen Absicht, deren Inhalt sich in drei alternativen Intentionen – und zwar der machtpolitischen, ökonomischen oder moralisch-kulturellen Intention – manifestiert. Zunächst kann eine Vorgehensweise bzw. Situation als in völkerrechtlicher Hinsicht neokolonial qualifiziert werden, wenn mit dem Verstoß gegen den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten gerade der Zweck verfolgt wird, den hiervon betroffenen Staat im Sinne der Etablierung eines politischen Subordinationsverhältnisses in die exklusive – und damit kolonieähnliche – Einflussphäre des intervenierenden Staates einzugliedern und auf diese Weise dessen politische oder militärische Machtposition im internationalen System zu stärken (machtpolitische Intention). Alternativ hierzu ist das Vorliegen von Neokolonialismus auch dann zu bejahen, wenn die Intervention in der Absicht erfolgt, den betroffenen Staat in wirtschaftlicher Hinsicht auszubeuten (ökonomische Intention). Schließlich wird man dieses subjektive Tatbestandsmerkmal auch für den Fall als gegeben ansehen können, dass dem Handeln in zentraler Weise eine Art von Zivilisierungsintention zugrunde liegt, welche auf die als geboten betrachtete Verwirklichung von als erstrebenswert bzw. moralisch gut angesehenen Ideen oder Wertsetzungen in einem insoweit als defizitär wahrgenommenen Kontext abzielen (moralisch-kulturelle Intention).

Hierbei handelt es sich aus rechtsdogmatischer Perspektive um alternative Neokolonialismus-Absichten. Für die völkerrechtlich relevante Qualifizierung einer Vorgehensweise bzw. einer Situation als neokolonial ist es also ausreichend, wenn entweder eine machtpolitische oder eine ökonomische oder eine moralisch-kulturelle Intention auf Seiten des intervenierenden Staates nachgewiesen werden kann. Allerdings wird man es im Lichte des mit dem Vorwurf des Neokolonialismus verbundenen schwerwiegenden normativen Unwerturteils sowie im Sinne einer gebotenen Berücksichtigung des Näheverhältnisses zum herkömmlichen

(Hervorhebung im Original).

126 Siehe hierzu auch statt vieler *Osterhammel/Jansen*, Kolonialismus, 19 ff. und *passim*; *Kämmerer*, Colonialism, Rn. 9 f., in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).

127 Die Differenzierung zwischen „civilized nations“ und „the others“ bildete auch aus völkerrechtlicher Perspektive unter anderem eine der zentralen Grundlagen und Rechtfertigungsansätze für den klassischen Kolonialismus und findet sich heute bekanntermaßen immer noch im Kontext der allgemeinen Rechtsgrundsätze im Wortlaut des Art. 38 Abs. 1 lit. c des Statuts des Internationalen Gerichtshofs normiert, vgl. hierzu statt vieler *Pellet/Müller*, in: Zimmermann/Tams (Hrsg.), *The Statute of the International Court of Justice – A Commentary*, Art. 38, Rn. 262; *Sloan*, Civilized Nations, Rn. 1 ff., in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024), m.w.N.

Kolonialismus als notwendig ansehen müssen, dass – ebenso wie in der internationalen Rechtsprechung beispielsweise im Hinblick auf den subjektiven Tatbestand des Verbots des Völkermordes¹²⁸ und richtigerweise wohl auch der Apartheid¹²⁹ anerkannt – sich zumindest das Vorliegen einer dieser drei besonderen Absichten als einzig plausible Schlussfolgerung aus dem entsprechenden Verhalten des intervenierenden Staates darstellt; also andere Motive und Erklärungsansätze für das in Frage stehende staatliche Handeln bei vernünftiger Betrachtung ausgeschlossen werden können.

Zusammenfassend kann der Neokolonialismus als Konzept des Völkerrechts somit zunächst einmal als das Vorliegen eines durch den Nachweis einer besonderen Absicht qualifizierten Verstoßes gegen das Interventionsverbot oder andere aus dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten ableitbare völkerrechtliche Rechts- und Schutzpositionen charakterisiert und in rechtsdogmatischer Weise erfasst werden.

II. Relevanz des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Es stellt sich allerdings sehr wohl die Frage, ob die völkerrechtsdogmatische Durchdringung und Konturierung der Bedeutungsgehalte des Neokolonialismus als Rechtsbegriff damit bereits als abgeschlossen angesehen werden kann. Dies betrifft insbesondere die mögliche Relevanz und Funktion des Selbstbestimmungsrechts der Völker, also ein Grundprinzip bzw. Leitprinzip der internationalen Rechtsordnung,¹³⁰ welchem, wie bereits dargelegt,¹³¹ im Rahmen der völkerrechtlichen Erfassung des klassischen Kolonialismus sowie dem hiermit eingehenden internationalrechtlichen Gebot einer Dekolonisierung eine zentrale Rolle zugekommen ist, aber gelegentlich auch im Kontext der juristischen Diskussionen über den Neokolonialismus Erwähnung gefunden hat.¹³² Zwar ist bereits im Vorgenannten dargelegt worden, aus welchen Gründen das Selbstbestimmungsrecht der Völker im vorliegenden Kontext des

128 Vgl. u.a. IGH, *Case Concerning Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide* (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), ICJ Reports 2007, 43 (196 f.); IGH, *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide* (Croatia v. Serbia), ICJ Reports 2015, 3 (67, 119 ff.).

129 So jedenfalls mit überzeugenden Argumenten in jüngerer Zeit IGH, *Legal Consequences Arising from the Policies and Practices of Israel in the Occupied Palestinian Territories including East Jerusalem*, Advisory Opinion of 19 July 2024, Separate Opinion of Judge Nolte, Rn. 12 ff. Anderer Auffassung beispielsweise jedoch Payandeh, JZ 2024, 789 (796 f.).

130 Zu dieser Qualifizierung vgl. statt vieler Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States in accordance with the Charter of the United Nations, UN Doc. GA-Res. 2625 (XXV), Annex, vom 24. Oktober 1970; Krajewski, Völkerrecht, § 8, Rn. 101; Kämmerer, in: Proelß (Hrsg.), Völkerrecht, 1 (29).

131 Siehe *supra* unter D.

132 Siehe beispielsweise UN, *The Right to Self-Determination – Implementation of United Nations Resolutions*, Study prepared by Héctor Gros Espiell, Special Rapporteur of the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities, UN Doc. E/CN.4/Sub.2/405/Rev.1, 1980, Rn. 47 („Many countries which no longer suffer from colonialism in the classic and traditional sense continue to suffer from neo-colonialism and imperialism in their various forms. The Special Rapporteur therefore considers it extremely important to make that point clear about the concept of self-determination.”); Gros Espiell, Vereinte Nationen 30 (1982), 54 (58); Bryde, *Verfassung und Recht in Übersee* 4 (1971), 51 (55) („Wenn man Kolonialismus als Negierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker definieren kann, dann bedeutet Neokolonialismus, daß diese Selbstbestimmung, nachdem sie juristisch-formal errungen ist, materiell mit wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Mitteln beeinträchtigt wird.“); sowie aus der Perspektive der sozialistischen Völkerrechtslehre u.a. Heintze/Mohr, in: Oeser/Poeggel (Hrsg.), *Völkerrecht – Grundriß*, 125 (127) („Der Neokolonialismus zielt darauf ab, die freie Entscheidung der Völker über ihren politischen Status und über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung einzuschränken und somit die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts zu behindern. [...] Wegen der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, [...] ist der Neokolonialismus völkerrechtswidrig.“) (Hervorhebung im Original).

Neokolonialismus angesichts des auch im juristischen Konkretisierungsprozess zu berücksichtigenden politisch-sozialen und sozialwissenschaftlichen Begriffsverständnisses jedenfalls nicht die primäre völkerrechtliche Grundlage und damit auch nicht den Ausgangspunkt einer konzeptionellen Einordnung dieses Phänomens in die Ordnungsstrukturen der internationalen Rechtsordnung bildet. Dieser Ausgangsbefund schließt jedoch nicht aus, dass dem Selbstbestimmungsrecht der Völker als einem der Grundprinzipien der internationalen Rechtsordnung in bestimmten vorliegend relevanten Sachverhaltskonstellationen – in einer den, zu Recht verschiedentlich in einem Komplementärverhältnis zum Selbstbestimmungsrecht stehend wahrgenommenen,¹³³ Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten in seiner Anwendung ergänzenden oder sogar ersetzenden Weise – eine auch rechtspraktische Relevanz zukommt und daher ebenfalls bei der im Rahmen der Konkretisierung des Neokolonialismus als völkerrechtlichem Kooperationsbegriff gebotenen Rückbindung an etablierte Völkerrechtskonzepte zu berücksichtigen ist.

Den Ausgangspunkt dieser Überlegung bildet dabei wiederum das politisch-soziale bzw. sozialwissenschaftliche Begriffsverständnis. In den Äußerungen und Analysen zum Neokolonialismus wurde von Anfang an immer wieder auch die bedeutende Rolle und Funktion der politischen Eliten in den unabhängig gewordenen Staaten hervorgehoben, welche, so jedenfalls die dominierende Wahrnehmung, in nicht wenigen Fällen im Wege eines gleichsam kollusiven Zusammenwirkens mit bestimmten ausländischen Staaten zu ihrem persönlichen Vorteil das Land in ein nunmehr als neokolonial zu qualifizierendes politisches und ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis von den ehemaligen Kolonialmächten oder anderen Staaten gebracht haben und auf diese Weise die nunmehr, nach Erlangung der Unabhängigkeit, eigentlich mögliche eigenbestimmte politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes zum Nachteil der dort lebenden Bevölkerung verhindern bzw. zumindest beeinträchtigen.

So werden beispielsweise bereits in der im März 1961 von der Dritten All-African Peoples' Conference in Kairo verabschiedeten „Resolution on Neocolonialism“ unter anderem auch „[p]uppet Governments in Africa being used by imperialists in the furtherance of neo-colonialism“ zu den „Agents of Neo-Colonialism“ gezählt, „the struggle against all forms of opportunism which is the mask of the accomplices of imperialism“ als eine der notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen den Neokolonialismus genannt sowie die „determination to continue to mobilise popular mass opinion to denounce enemies of true independence and agents of neo-colonialism, camouflaged in all possible forms“ bekräftigt.¹³⁴ *Fanon* spricht in diesem Zusammenhang beispielsweise von einer „sort of little greedy caste, avid and voracious, with the mind of a huckster, only too glad to accept the dividends that the former colonial power hands out to it“.¹³⁵ *Nkrumah* hebt unter anderem die nunmehr vorhandene Existenz von „local neo-colonialist government[s]“ hervor.¹³⁶ *Leys* konstatiert in diesem Kontext eine „harmony of interest between foreign capital, the local auxiliary bourgeoisie and the various politically powerful petty-bourgeois strata“.¹³⁷ Und *Woddis* warnt beispielsweise vor dem Umstand, dass „[i]n the new states of Africa and Asia, however, as well as in the Latin American countries, there are internal forces with which neo-colonialism can ally itself“.¹³⁸

Diese Dimension bzw. Facette des Neokolonialismus lässt sich auch in der Folgezeit

133 Exemplarisch von *Arnould*, Völkerrecht, Rn. 308; *Krajewski*, Völkerrecht, § 8, Rn. 102.

134 Der Text dieser Resolution ist u.a. abgedruckt in: *Legum*, Pan-Africanism, 254 ff.; sowie in: *Barongo*, Neocolonialism and African Politics, 87 ff.

135 *Fanon*, *The Wretched of the Earth*, 175.

136 *Nkrumah*, *Neo-Colonialism – The Last Stage of Imperialism*, XIV.

137 *Leys*, *Underdevelopment in Kenya*, 207. Vgl. auch *ibid.*, 26 f.

138 *Woddis*, *An Introduction to Neo-Colonialism*, 82.

immer wieder zumindest in Teilen der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Literatur nachweisen. So findet sich beispielsweise in der Analyse von *Robert J.C. Young* die Feststellung, dass „[i]n the neocolonial situation, the ruling class constitutes an elite that operates in complicity with the needs of international capital for its own benefit”.¹³⁹ *Godfrey N. Uzoigwe* betont – und erläutert warum – „neocolonialism cannot operate effectively without the cooperation of the indigenous leaders”.¹⁴⁰

Dem Phänomen der Kollaboration zwischen Repräsentanten der Kolonialmacht und einheimischen Personengruppen in der Kolonie im traditionellen Kolonialismus¹⁴¹ nicht ganz unähnlich (wird doch vereinzelt in der Diskussion über den Neokolonialismus sogar explizit von „collaborationist African leaders“ gesprochen¹⁴²), betonen diese bis in die heutige Zeit namentlich im diesem Konzept affirmativ zugewandten sozialwissenschaftlichen Schrifttum nachweisbaren Ausführungen und Überlegungen somit den Charakter des Neokolonialismus als einem nicht ausschließlich „externally-imposed system of exploitation“,¹⁴³ sondern eben gelegentlich auch als einem im kollusiven Zusammenwirken zwischen der jeweiligen Regierung des von neokolonialen Einwirkungen bzw. Kontrollansätzen betroffenen Landes und ausländischen Staaten realisierten politischen und ökonomischen Unterordnungsverhältnis.

Diese im politisch-sozialen Begriffsverständnis somit auch angelegte Dimension des Neokolonialismus lässt sich jedenfalls dann nicht auf der Basis des Grundsatzes der souveränen Gleichheit der Staaten und der hieraus ableitbaren Rechts- und Schutzpositionen völkerrechtlich erfassen, wenn die Entscheidung der Regierung des betroffenen Staates zu einem entsprechenden kollusiven Zusammenwirken nicht auf einer durch das Interventionsverbot untersagten Androhung oder Anwendung von Zwang durch einen anderen Staat beruht, sondern – und dies ist im Lichte der einschlägigen Äußerungen und Analysen wohl das primär in Frage stehende Szenario – freiwillig und unter anderem durch die Aussicht auf eigene Vorteile motiviert getroffen bzw. sogar gleichsam begrüßt wird. Mit anderen Worten: Da die Gubernative eines Staates diesen völkerrechtlich repräsentiert, kann ihr Verhalten in Bezug auf diesen Staat auch nicht gegen den insoweit staatszentrierten Grundsatz der souveränen Gleichheit sowie den hieraus ableitbaren Rechts- und Schutzpositionen wie dem völkerrechtlichen Prinzip der Nichteinmischung verstoßen.

Dieser Befund muss jedoch nicht notwendigerweise die Schlussfolgerung nach sich ziehen, dass diese, wie bereits hervorgehoben, ebenfalls im politisch-sozialen Begriffsverständnis von Neokolonialismus angelegte Facette dieses Konzepts im Rahmen der rechtsdogmatischen Durchdringung des Neokolonialismus als Völkerrechtsbegriff keiner – eigenständigen – Rückbindung an andere etablierte völkerrechtliche Grundsätze zugänglich ist. Vielmehr kann im Hinblick auf diese Konstellation, jedenfalls nach hier vertretener Auffassung, auf die normativen Ordnungsstrukturen des Selbstbestimmungsrechts der Völker als einem der „essential principles of contemporary international law“¹⁴⁴ Rekurs genommen werden. Zur Stützung und Erläuterung dieser Feststellung seien hier zwei Aspekte angeführt, die sich auf den personellen und sachlichen Anwendungsbereich dieses Grundprinzips der internationalen Rechtsordnung beziehen. In personeller Hinsicht sei daran erinnert, dass nach wohl ganz überwiegend vertretener und zutreffender Auffassung auch Staatsvölker, also solche, die bereits einen eigenen

139 *Young*, Postcolonialism, 45. Vgl. auch z.B. *Shaw*, The Journal of Modern African Studies 20 (1982), 239 (249) („notion that indigenous social forces might identify with, and advance, external interests”).

140 *Uzoigwe*, Journal of Global South Studies 36 (2019), 59 (82); vgl. auch u.a. *Attah*, Journal of African Studies and Development 5 (2013), 70 (73 ff.).

141 Eingehender hierzu statt vieler *Osterhammel/Jansen*, Kolonialismus, 57 ff.

142 *Langan*, Neo-Colonialism and the Poverty of ‘Development’ in Africa, 9.

143 *Graf*, Canadian Journal of African Studies 15 (1981), 600 (601).

144 So IGH, *Case Concerning East Timor* (Portugal v. Australia), ICJ-Reports 1995, 90 (102).

Staat geschaffen haben, Träger des Selbstbestimmungsrechts sind.¹⁴⁵ Zwar wird ein Staatsvolk in völkerrechtlicher Hinsicht durch seinen Staat repräsentiert, dessen Organe grundsätzlich für diese Gesamtheit der Staatsangehörigen handeln. Eigenständige völkerrechtliche Bedeutung kommt dem Selbstbestimmungsrecht eines Staatsvolkes jedoch – und dies bildet den zweiten, sich auf den sachlichen Anwendungsbereich beziehenden Aspekt – im Rahmen der inneren Dimension des Selbstbestimmungsrechts zu,¹⁴⁶ welches die Beziehungen und das Verhältnis zwischen dem Staatsvolk und seiner eigenen Regierung zum Regelungsgegenstand hat¹⁴⁷ und in diesem Kontext unter anderem auch ein völkerrechtliches kollektives Abwehrrecht gegen den eigenen Staat darstellt.¹⁴⁸

Der Regelungsgehalt dieses inneren Selbstbestimmungsrechts des Staatsvolkes im Sinne der „Geltendmachung von völkerrechtlich abgesicherten Ansprüchen der Bevölkerung eines Staates gegenüber der eigenen Regierung“¹⁴⁹ harrt zwar weiterhin in vielerlei Hinsicht einer näheren Präzisierung durch die Praxis und das Schrifttum. Im Grundsatz ist jedoch kaum zu bestreiten, dass es unter anderem auch eine wirtschaftsbezogene Komponente aufweist.¹⁵⁰ Dies folgt bereits aus dem gemeinsamen Art. 1 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR)¹⁵¹ sowie des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPWSKR).¹⁵² Gemäß Absatz 1 dieser Bestimmung haben alle Völker aufgrund des Selbstbestimmungsrechts das Recht, „in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“ zu gestalten. Art. 1 Abs. 2 statuiert sodann im Hinblick auf die wirtschaftliche Komponente in konkretisierender Weise: „Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.“ Überdies wird in Art. 47 IPBPR bzw. dem gleichlautenden Art. 25 IPWSKR betont, dass „[k]eine Bestimmung dieses Paktes [...] so auszulegen [ist], daß sie das allen Völkern innewohnende Recht auf den Genuß und die volle und freie Nutzung ihrer natürlichen Reichtümer und Mittel beeinträchtigt“.

Es ist insbesondere dieser sich auf ökonomische Gesichtspunkte beziehende Gehalt des inneren Selbstbestimmungsrechts der Staatsvölker, der wiederum gerade auch im Sinne der

145 So schon statt vieler *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/2, 12 ff., 284 f.; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, Völkerrecht, § 39, Rn. 7; *Krajewski*, Völkerrecht, § 8, Rn. 102; *Heintze*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 10, Rn. 50; *Pippan*, ZaöRV 76 (2016), 497 (502 f.); *Doehring*, Völkerrecht, 331; *Gusy*, AVR 30 (1992), 385 (390 ff.); zurückhaltender demgegenüber z.B. *Thürer/Burri*, Self-Determination, Rn. 34 ff., in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024); eher restriktiv auch *Gros Espiell*, Vereinte Nationen 30 (1982), 54.

146 Allgemein zur Differenzierung zwischen äußerem und innerem Selbstbestimmungsrecht der Völker siehe u.a. *Hilpold*, in: Reinisch (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts, Bd. I, 400; *Verdross/Simma*, Universelles Völkerrecht, § 513; *Peters/Petrig*, Völkerrecht – Allgemeiner Teil, 300; *Krajewski*, Völkerrecht, § 8, Rn. 104 f.

147 Hierzu *Heintze*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 10, Rn. 92 f.; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, Völkerrecht, § 39, Rn. 16; *Mett*, Das Konzept des Selbstbestimmungsrechts der Völker, 111 ff.

148 So explizit schon *Stein/von Buttlar/Kotzur*, Völkerrecht, § 39, Rn. 17.

149 *Heintze*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 10, Rn. 94.

150 Vgl. hierzu auch u.a. *Prieß*, in: Delbrück u.a. (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht, 635 (642 ff.); *Heintze*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 10, Rn. 118 ff.; sowie im Grundsatz bereits *Reinhard*, Rechtsgleichheit und Selbstbestimmung der Völker in wirtschaftlicher Hinsicht, 22 ff.; und insbesondere auch, mit expliziter Bezugnahme auf das Phänomen des Neokolonialismus, u.a. UN, The Right to Self-Determination – Implementation of United Nations Resolutions, Study prepared by Héctor Gros Espiell, Special Rapporteur of the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities, UN Doc. E/CN.4/Sub.2/405/Rev.1, 1980, Rn. 135.

151 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966, abgedruckt in: BGBl. 1973 II, 1534.

152 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966, abgedruckt in: BGBl. 1973 II, 1570.

Gewährung von völkerrechtlichen Ansprüchen der Bevölkerung eines Staates gegenüber der eigenen Regierung zu verstehen ist,¹⁵³ welchem im Rahmen der rechtsdogmatischen Erfassung des Neokolonialismus als Völkerrechtsbegriff eine auch potentiell rechtspraktische Relevanz zugemessen werden kann.¹⁵⁴ So lässt sich in sehr gut vertretbarer Weise argumentieren, dass die Regierung eines Landes, die mit einem anderen Staat in der dargelegten kollusiven Weise zusammenwirkt und dadurch die eigentlich mögliche eigenbestimmte wirtschaftliche Entwicklung des Landes zum Nachteil der dort lebenden Bevölkerung verhindert bzw. zumindest erheblich beeinträchtigt, unter bestimmten Voraussetzungen in völkerrechtlich relevanter Weise das innere Selbstbestimmungsrecht des eigenen Staatsvolkes verletzt. Die Anleitung bzw. Beihilfe eines anderen Staates – die bei einem bewussten, also in Kenntnis der Umstände erfolgenden, kollusiven Zusammenwirken voraussichtlich nicht selten bejaht werden kann – bei der Begehung dieses Verstoßes¹⁵⁵ gegen das Selbstbestimmungsrecht des Staatsvolkes kann vor diesem Hintergrund dann gegebenenfalls als eine die völkerrechtliche Verantwortlichkeit dieses anderen Staates auslösende neokoloniale Vorgehensweise qualifiziert werden.

Selbstverständlich sind dabei hohe Anforderungen an das Vorliegen eines entsprechenden Verstoßes gegen das Selbstbestimmungsrecht des Staatsvolkes durch die eigene Regierung zu stellen.¹⁵⁶ Der Gubernative kommt in diesem Zusammenhang ein sehr weiter Einschätzungsspielraum bei der Ausgestaltung der (Außen-)Wirtschaftspolitik zu. Überdies ist auf Seiten des anleitenden bzw. Beihilfe leistenden anderen Staates zusätzlich zur Kenntnis der relevanten Umstände wiederum auch der Nachweis einer entsprechenden Neokolonialismus-Absicht erforderlich.¹⁵⁷ Diese gebotenen Qualifizierungen verdeutlichen jedoch nur, dass ein solcher Fall in der Praxis wohl eher selten vorkommen wird; nicht jedoch seine prinzipielle Unmöglichkeit.

153 So explizit in diesem Kontext beispielsweise auch schon *Prieß*, in: Delbrück u.a. (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht, 635 (642).

154 So im Grundsatz auch schon beispielsweise UN, The Right to Self-Determination – Implementation of United Nations Resolutions, Study prepared by Héctor Gros Espiell, Special Rapporteur of the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities, UN Doc. E/CN.4/Sub.2/405/Rev.1, 1980, Rn. 250 („Indeed, economic neo-imperialism and the new forms of colonialism, particularly serious for developing countries and especially for small States which have achieved independence in the last stage of the process of decolonization, constitute manifestations of the violation of the right to self-determination of peoples which may have the effect of cancelling out, to a large extent, the results achieved by the process of political decolonization.”); *Hébié*, Leiden Journal of International Law 28 (2015), 529 (535).

155 Allgemein zu den Konzepten der Beihilfe und Anleitung im Recht der Staatenverantwortlichkeit vgl. statt vieler *Dörr*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 30, Rn. 30 ff., m.w.N.

156 In diesem Sinne im Grundsatz wohl auch u.a. bereits *Hébié*, Leiden Journal of International Law 28 (2015), 529 (535) („Neo-colonialism will violate the right of self-determination only when it deprives the entire population of a state of its capacity to determine its own political, economic, social, and cultural status, placing it therefore in a relation of dependence similar to that existing during colonial times.”).

157 Vgl. hierzu bereits *supra* unter E.I.

III. Personeller Anwendungsbereich des völkerrechtlichen Neokolonialismusverbots

Der personelle Anwendungsbereich des auf diese Weise durch Rückbindung an etablierte völkerrechtliche Grundsätze unter Berücksichtigung seiner außerrechtlichen Bedeutungsgehalte näher konturierten Konzepts des Neokolonialismus als völkerrechtlicher Kooperationsbegriff stellt sich folgendermaßen dar: Als Verbotsadressaten sind zunächst einmal ausschließlich Staaten anzusehen,¹⁵⁸ nicht jedoch private Akteure wie unter anderem transnationale Unternehmen. Diese Einschränkung folgt bereits aus dem Umstand, dass die zugrunde liegenden völkerrechtlichen Grundprinzipien wie namentlich das Interventionsverbot und das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem derzeitigen Stand der internationalen Rechtsordnung keine unmittelbare Bindungswirkung gegenüber solchen nichtstaatlichen Wirkungseinheiten entfalten.¹⁵⁹ Allerdings richtet sich das völkerrechtliche Neokolonialismusverbot an alle Staaten, nicht nur an ehemalige Kolonialmächte.¹⁶⁰ Abgesehen von den Herausforderungen im Zusammenhang mit einer genauen definitorischen Eingrenzung des Kreises ehemaliger Kolonialmächte,¹⁶¹ ist schon aufgrund der im Prinzip bei allen Staaten gegebenen Möglichkeit und Vergleichbarkeit eines entsprechenden Gefährdungspotentials kein Grund für eine in dieser Hinsicht ungleiche Behandlung der Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft ersichtlich.

Als Schutzsubjekte des so verstandenen völkerrechtlichen Neokolonialismusverbots sind zunächst insbesondere die Staaten zu nennen, wobei es sich wiederum schon aufgrund der Vergleichbarkeit der Gefährdungslage als unerheblich darstellt, ob der betroffene Staat selbst vormals in einem kolonialen Abhängigkeitsverhältnis gestanden hat oder zu keinem Zeitpunkt eine Kolonie gewesen ist.¹⁶² Weiterhin umfasst der personelle Anwendungsbereich im Lichte der in bestimmten Konstellationen eines kollusiven Zusammenwirkens gegebenen Relevanz des Selbstbestimmungsrechts der Völker auch Staatsvölker als Schutzsubjekte.

158 Auf die Frage, ob gegebenenfalls auch internationale Organisationen sowie stabilisierte De facto-Regime als Verbotsadressaten angesehen werden können, soll vorliegend nicht weiter eingegangen werden.

159 Für das Interventionsverbot statt vieler von *Arnault*, Völkerrecht, Rn. 358; in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker exemplarisch *Heintze*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 10, Rn. 120.

160 So auch schon z.B. *Bryde*, Verfassung und Recht in Übersee 4 (1971), 51 (55); *Shrimpton*, Public Interest Law Journal of New Zealand 8 (2021), 81 (91); *Legum*, Pan-Africanism, 119; *Ziai*, Momentum Quarterly 9 (2020), 128 (137). Anders und ein engeres Anwendungsverständnis zugrunde legend aber u.a. *Uzoigwe*, Journal of Global South Studies 36 (2019), 59 (62).

161 Hierzu statt vieler *Osterhammel/Jansen*, Kolonialismus, 9 („Kolonialismus ist ein Phänomen von kolossaler Uneindeutigkeit.“).

162 So auch aus sozialwissenschaftlicher Perspektive z.B. *Attah*, Journal of African Studies and Development 5 (2013), 70 (71); *Ziai*, Momentum Quarterly 9 (2020), 128 (137).

F. Schlussbemerkungen: Der Vorwurf des Neokolonialismus und die Gefahr der „kleinen Münze“

Im Rahmen dieses Beitrags ist der Versuch unternommen worden, das bislang vor allem auf politischer Ebene sowie in den Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften diskutierte Konzept des Neokolonialismus aus juristischer Perspektive näher zu konturieren. Das im Rahmen dieses Analyseansatzes zugrunde gelegte Verständnis von Neokolonialismus als einem völkerrechtlichen Kooperationsbegriff, welches eine Rückbindung dieses Konzepts an etablierte völkerrechtliche Grundsätze unter Berücksichtigung seiner außerrechtlichen Bedeutungsgehalte geboten erscheinen lässt, sollte dabei nicht zuletzt auch dazu dienen, im Sinne einer völkerrechtlichen Maßstabsbildung die notwendige Ausgangsbasis für eine zukünftige rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema der möglichen Existenz eines neokolonialen Charakters von Wirtschaftsabkommen der EU mit Staaten des globalen Südens zu legen. Der vorliegende Beitrag ist dabei natürlich nur als ein kleiner Denkanstoß und ein in vielerlei Hinsicht bescheidener Anfang im Rahmen einer nunmehr endlich angebrachten Debatte in der westlichen Völkerrechts- und Europarechtswissenschaft zu verstehen.

Gleichwohl ist im Lichte der vorangegangenen Ausführungen – hoffentlich – bereits deutlich geworden, dass aus juristischer Perspektive an das Vorliegen von Neokolonialismus in einem konkreten Fall schon angesichts des hiermit einhergehenden normativen Unwerturteils erhöhte Anforderungen in der internationalen Rechtspraxis zu stellen sind. Die aus der deutschen Verfassungsrechtslehre im Hinblick auf die Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG seit langem bekannte und mittlerweile geradezu sprichwörtliche Warnung, dieses Verfassungsprinzip nicht durch inflationären Gebrauch gleichsam zur „kleinen Münze“ herabzustufen,¹⁶³ gilt es zumindest aus völkerrechtlicher Perspektive nicht zuletzt – und nicht zu gering – auch im Kontext von Vorwürfen des Neokolonialismus zu beachten.

163 Erstmals wohl *Dürig*, AöR 81 (1956), 117 (124, 131 und *passim*); nachfolgend statt sehr vieler *Stern*, Staatsrecht, Bd. IV/1, 20 f.; *Papier*, in: Grote u.a. (Hrsg.), Festschrift für Christian Starck, 371 f.; *Isensee*, AöR 131 (2006), 173 (187 ff.); *Hassemer*, EuGRZ 2005, 300 (301); *Lepsius*, in: Schulze-Fielitz (Hrsg.), Staatsrechtslehre als Wissenschaft, 319 (351); *Sacksofsky*, in: Masing/Wieland (Hrsg.), Menschenwürde, 23 (27); *Merten*, in: Depenheuer u.a. (Hrsg.), Festschrift für Josef Isensee, 123; *Kunig*, in: Gröschner/Lembcke (Hrsg.), Das Dogma der Unantastbarkeit, 121 f.

Literaturverzeichnis

- AHLUWALIA, Shreya, Food Aid to the Developing World: The Subversive Effects of Modern-Day Neo-Colonialism, *Seattle Journal of Environmental Law* 9 (2019), 357-407.
- AMBOS, Kai, *Internationales Strafrecht*, 5. Auflage, München 2018.
- AMIN, Samir, *Neo-Colonialism in West Africa*, New York/London 1973.
- ANGHIE, Antony, *Imperialism, Sovereignty and the Making of International Law*, Cambridge 2005.
- ARNAULD, Andreas von, *Völkerrecht*, 5. Auflage, Heidelberg 2023.
- ASAMOAH, Obed Y., *The Legal Significance of the Declarations of the General Assembly of the United Nations*, The Hague 1966.
- ATHEN, Marco, *Der Tatbestand des völkerrechtlichen Interventionsverbots*, Baden-Baden 2017.
- ATTAH, Noah Echa, The Historical Conjunction of Neo-Colonialism and Underdevelopment in Nigeria, *Journal of African Studies and Development* 5 (2013), 70-79.
- BAKER, Chris/PHONGPAICHIT, Pasuk, *A History of Thailand*, Cambridge 2005.
- BARONGO, Yolamu R., *Neocolonialism and African Politics*, New York 1980.
- BERGMAN, Mark S., The Norm-Creating Effect of a General Assembly Resolution on Transnational Corporations, in: Snyder, Frederick E./Sathirathai, Surakiart (Hrsg.), *Third World Attitudes Toward International Law*, Dordrecht/Boston/Lancaster 1987, 231-256.
- BHALA, Raj, Competitive Liberalism, Competitive Imperialism, and Intellectual Property, *Liverpool Law Review* 28 (2007), 77-105.
- BÖCKENFÖRDE, Ernst-Wolfgang, Die Eigenart des Staatsrechts und der Staatsrechtswissenschaft, in: Achterberg, Norbert/Krawietz, Werner/Wyduckel, Dieter (Hrsg.), *Recht und Staat im sozialen Wandel – Festschrift für Hans Ulrich Scupin zum 80. Geburtstag*, Berlin 1983, 317-331.
- Entstehung und Wandel des Rechtsstaatsbegriffs, in: Ehmke, Horst/Schmid, Carlo/Scharoun, Hans (Hrsg.), *Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag*, Frankfurt am Main 1969, 53-76.
- BOGDANDY, Armin von, *Gubernative Rechtsetzung*, Tübingen 2000.
- BOTHE, Michael, Friedenssicherung und Kriegsrecht, in: Proelß, Alexander (Hrsg.), *Völkerrecht*, 9. Auflage, Berlin/Boston 2024, 893-1032.
- BOUTROS-GHALI, Boutros, *The Addis Ababa Conference, International Conciliation* 1964, 5-62.
- BRUNER, Jerome S./GOODNOW, Jacqueline J./AUSTIN, George A., *A Study of Thinking*, New York 1956.
- BRYDE, Brun-Otto, *Überseerecht und Neokolonialismus, Verfassung und Recht in Übersee* 4 (1971), 51-57.
- CAFLISCH, Lucius, *Unequal Treaties*, *German Yearbook of International Law* 35 (1992), 52-80.
- CAMACHO, Ana/HUSEYNLI, Guljannat, *Preventing the Exploitation of Developing Nations from Neo-Colonialism*, Old Dominion University Model United Nations Conference 2023 Issue Brief, 2023.
- CHAN, Shuk Ying/PATTEN, Alan, What's Wrong with Neocolonialism: The Case of Unequal Trade in Cultural Goods, *American Political Science Review* 118 (2024), 1643-1657.
- CHENEY, Kristen, Locating Neocolonialism, "Tradition", and Human Rights in Uganda's "Gay Death Penalty", *African Studies Review* 55 (Nr. 2, 2012), 77-95.
- CHINKIN, Christine, The Challenge of Soft Law: Developments and Change in International Law, *International and Comparative Law Quarterly* 38 (1989), 850-866.
- CRAVEN, Matthew, Colonialism and Domination, in: Fassbender, Bardo/Peters, Anne (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the History of International Law*, Oxford 2012, 862-889.
- What Happened to Unequal Treaties? The Continuities of Informal Empire, *Nordic Journal of International Law* 74 (2005), 335-382.
- CRAVEN, Matthew/PARFITT, Rose, Statehood, Self-Determination, and Recognition, in: Evans, Malcolm D. (Hrsg.), *International Law*, 6. Auflage, Oxford 2024, 206-247.
- CRAWFORD, James, *Brownlie's Principles of Public International Law*, 9. Auflage, Oxford 2019.
- DAHLM, Georg/DELBRÜCK, Jost/WOLFRUM, Rüdiger, *Völkerrecht*, Band I/3, 2. Auflage, Berlin 2002.
- *Völkerrecht*, Band I/2, 2. Auflage, Berlin 2002.
- *Völkerrecht*, Band I/1, 2. Auflage, Berlin/New York 1989.
- DANN, Philipp/FEICHTNER, Isabel/BERNSTORFF, Jochen von (Hrsg.), *(Post)Koloniale Rechtswissenschaft – Geschichte und Gegenwart des Kolonialismus in der deutschen Rechtswissenschaft*, Tübingen 2022.
- *(Post)koloniale Rechtswissenschaft – Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *(Post)Koloniale Rechtswissenschaft – Geschichte und Gegenwart des Kolonialismus in der deutschen Rechtswissenschaft*, Tübingen 2022, 1-5.
- DEINLA, Josalee S., *International Law and the Wars of National Liberation Against Neo-Colonialism*, *Philippine Law Journal* 88 (2014), 1-95.
- DELBRÜCK, Jost, *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Völkerrecht der Gegenwart*, *Vereinte Nationen* 25 (1977), 6-8.
- DEMSKE, Susan, *Trade Liberalization: De Facto Neo-colonialism in West Africa*, *Georgetown Law Journal* 86 (1997), 155-180.

- DIALLO, M. Moustapha, Neokolonialismus, in: Gött-sche, Dirk/Dunker, Axel/Dürbeck, Gabriele (Hrsg.), *Handbuch Postkolonialismus und Literatur*, Stuttgart 2017, 194-197.
- DOBOS, Bohumil/PURTON, Alexander, Proxy Neo-colonialism? The Case of the Wagner Group in the Central African Republic, *Insights on Africa* 16 (2024), 7-21.
- DOEHRING, Karl, *Völkerrecht*, Heidelberg 1999.
- DÖRR, Oliver, Staatenverantwortlichkeit, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), *Völkerrecht*, 8. Auflage, München 2024, 660-708.
- Völkerrechtliches Sekundärrecht, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), *Völkerrecht*, 8. Auflage, München 2024, 583-590.
- DÖRR, Oliver/SCHMALENBACH, Kirsten (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties, A Commentary*, 2. Auflage, Heidelberg 2018.
- DRIEST, Simone van den, Subjects, Statehood, and Self-Determination, in: Rose, Cecily u.a., *An Introduction to Public International Law*, Cambridge 2022, 35-55.
- DÜRIG, Günter, Der Grundrechtssatz von der Menschenwürde, *Archiv des öffentlichen Rechts* 81 (1956), 117-157.
- EIDENMÜLLER, Horst, *Effizienz als Rechtsprinzip*, Tübingen 1995.
- ELIAS, T. Olawale, Modern Sources of International Law, in: Friedmann, Wolfgang/Henkin, Louis/Lissitzyn, Oliver (Hrsg.), *Transnational Law in a Changing Society – Essays in Honour of Philip C. Jessup*, New York/London 1972, 34-69.
- ELLMEIER, Elena, EU-Chile Handelsabkommen – Alte Probleme in neuem Gewand?, *Infobrief EU & International - Zeitschrift der Abteilung EU & International der AK Wien* 1/2024, 26-28.
- ENGEL, Christoph, Herrschaftsausübung bei offener Wirklichkeitsdefinition, in: ders./Schön, Wolfgang (Hrsg.), *Das Proprium der Rechtswissenschaft*, Tübingen 2007, 205-240.
- Völkerrecht als Tatbestandsmerkmal deutscher Normen, Berlin 1989.
- ENGLE MERRY, Sally, Law and Colonialism, *Law and Society Review* 25 (1991), 889-922.
- ERMACORA, Felix, Colonies and Colonial Régime, in: Bernhardt, Rudolf (Hrsg.), *Encyclopedia of Public International Law*, Band 10, Amsterdam u.a. 1987, 40-45.
- FALEIRO, Eduardo, Colonialism, Neo-Colonialism and Beyond, *World Affairs – Journal of International Issues* 16 (No. 4, 2012), 12-16.
- FANON, Frantz, *The Wretched of the Earth*, New York 1963.
- FATOUROS, A. A., Satre on Colonialism, *World Politics* 17 (1965), 703-719.
- FEHLING, Michael, Das Verhältnis von Recht und außerrechtlichen Maßstäben, in: Trute, Hans-Heinrich/Groß, Thomas/Röhl, Hans Christian/Möllers, Christoph (Hrsg.), *Allgemeines Verwaltungsrecht – zur Tragfähigkeit eines Konzepts*, Tübingen 2008, 461-488.
- FIKENTSCHER, Wolfgang, *Methoden des Rechts in vergleichender Darstellung*, Band III, Tübingen 1976.
- FINLEY, M.I., Colonies – An Attempt at a Typology, *Transactions of the Royal Historical Society* 26 (1976), 167-188.
- FONTANE, Theodor, Effi Briest, Ausgabe Reclam jun., Stuttgart 1984.
- FRAU, Robert, Das materielle Völkerstrafrecht, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), *Völkerrecht*, 8. Auflage, München 2024, 779-797.
- GALTUNG, Johan, *The European Community: A Superpower in the Making*, Oslo/London 1973.
- GARDINER, Richard K., *Treaty Interpretation*, 2. Auflage, Oxford/New York 2015.
- GASSAMA, Ibrahim J., Africa and the Politics of Destruction: A Critical Re-examination of Neo-colonialism and Its Consequences, *Oregon Review of International Law* 10 (2008), 327-360.
- GEHARD, Julia, Apartheid (January 2018), in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).
- GEWIRTZ, Paul, On “I Know It When I See It”, *Yale Law Journal* 105 (1996), 1023-1047.
- GIEGERICH, Thomas, Internationale Standards – aus völkerrechtlicher Perspektive, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht* 46 (2014), 101-186.
- GILL, Terry D./TIBORI-SZABO, Kinga, *The Use of Force and the International Legal System*, Cambridge 2024.
- GÖSSL, Susanne Lilian, Fortsetzung des Kolonialismus im internationalen Recht der Gegenwart? Grundlagen, Strukturen, Methoden aus der Perspektive des IPR, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht* 52 (2024), 45-78.
- GOLDSMITH, Edward, Development as Colonialism, *World Affairs* 6 (Nr. 2, 2002), 18-36.
- GORNIG, Gilbert, *Völkerrecht*, München 2023.
- GRABITZ, Eberhard/HILF, Meinhard/NETTESHEIM, Martin (Hrsg.), *Das Recht der Europäischen Union, Loseblatt-Kommentar*, Stand: Juli 2024, München 2024.
- GRAF, William D., Book Review: Yolamu R. Barongo, *Neocolonialism and African Politics*, *Canadian Journal of African Studies* 15 (1981), 600-602.
- GRÖSCHNER, Rolf, *Dialogik und Jurisprudenz*, Tübingen 1982.
- GROS ESPIELL, Héctor, Der Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker in heutiger Sicht, *Vereinte Nationen* 30 (1982), 54-58.

- GUSY, Christoph, Selbstbestimmung im Wandel – Von der Selbstbestimmung durch den Staat zur Selbstbestimmung im Staat, *Archiv des Völkerrechts* 30 (1992), 385-410.
- HAAG, Diana, Mechanisms of Neo-Colonialism – Current French and British Influence in Cameroon and Ghana, *International Catalan Institute for Peace (ICIP) Working Papers* 2011/6, Barcelona 2011.
- HALTERN, Ulrich R., *Europarecht*, 2. Auflage, Tübingen 2007.
- HANSON, Margaret/HENTZ, James J., Neocolonialism and Neoliberalism in South Africa and Zambia, *Political Science Quarterly* 114 (1999), 479-502.
- HASSEMER, Winfried, Über den argumentativen Umgang mit der Würde des Menschen, *Europäische Grundrechte-Zeitschrift* 32 (2005), 300-304.
- HÉBIE, Mamadou, Was There Something Missing in the Decolonization Process in Africa?: The Territorial Dimension, *Leiden Journal of International Law* 28 (2015), 529-556.
- HEINIG, Hans Michael, Menschenwürde, in: Huster, Stefan/Zintl, Reinhard (Hrsg.), *Verfassungsrecht nach 60 Jahren*, Baden-Baden 2009, 123-127.
- HEINTSCHEL VON HEINEGG, Wolff, Vom *ius ad bellum* zum *ius contra bellum* (Kriegsverbot, Gewaltverbot und Interventionsverbot), in: Ipsen, Knut (Hrsg.), *Völkerrecht*, 8. Auflage, München 2024, 1170-1192.
- HEINTZE, Hans-Joachim, Völker im Völkerrecht, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), *Völkerrecht*, 8. Auflage, München 2024, 389-453.
- HEINTZE, Hans-Joachim/MOHR, Manfred, Das Grundprinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, Menschenrechte und Bevölkerung, in: Oeser, Edith/Poeggel, Walter (Hrsg.), *Völkerrecht – Grundriß*, 2. Auflage, Berlin 1988, 125-147.
- HEUSEL, Wolfgang, „Weiches“ Völkerrecht, Baden-Baden 1991.
- HILLGENBERG, Hartmut, A Fresh Look at Soft Law, *European Journal of International Law* 10 (1999), 499-515.
- HILPERT, Hanns Günther/RUDLOFF, Bettina/WAGNER, Christian, Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU – Ambitionen, Erwartungen, Widerstände und Anreize, *SWP-Aktuell*, Nr. 11, Februar 2023.
- HILPOLD, Peter, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: Reinisch, August (Hrsg.), *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts*, Band I, 6. Auflage, Wien 2021, 400-405.
- HOBE, Stephan, *Einführung in das Völkerrecht*, 11. Auflage, Tübingen 2020.
- HOFFMEISTER, Frank, *Menschenrechts- und Demokratieklauseln in den vertraglichen Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft*, Berlin u.a. 1998.
- HOUSER, George M., At Cairo – The Third All-African People’s Conference, *Africa Today* 8 (Nr. 4, 1961), 11-13.
- HUGGAN, Graham, The Neocolonialism of Postcolonialism: A Cautionary Note, *Links & Letters* 1997, 19-24.
- ISENSE, Josef, Menschenwürde: Die säkulare Gesellschaft auf der Suche nach dem Absoluten, *Archiv des öffentlichen Rechts* 131 (2006), 173-218.
- Schuldenbarrieren für Legislative und Exekutive, in: Wendt, Rudolf/Höfling, Wolfram/Karpen, Ulrich/Oldiges, Martin (Hrsg.), *Staat, Wirtschaft, Steuern – Festschrift für Karl Heinrich Friauf zum 65. Geburtstag*, Heidelberg 1996, 705-728.
- JACKSON, Marissa, Neo-Colonialism, Same Old Racism: A Critical Analysis of the United States’ Shift towards Colorblindness as a Tool for the Protection of the American Colonial Empire and White Supremacy, *Berkeley Journal of African-American Law & Policy* 11 (2009), 156-192.
- JANSEN, Jan C./OSTERHAMMEL, Jürgen, *Dekolonisation – Das Ende der Imperien*, München 2013.
- JESCH, Dietrich, Unbestimmter Rechtsbegriff und Ermessen in rechtstheoretischer und verfassungsrechtlicher Sicht, *Archiv des öffentlichen Rechts* 82 (1957), 163-249.
- JESTAEDT, Matthias, Das mag in der Theorie richtig sein ... – Vom Nutzen der Rechtstheorie für die Rechtspraxis, Tübingen 2006.
- Demokratieprinzip und Kondominialverwaltung, Berlin 1993.
- JOHN, Obikwelu Ifeanyi/MESSINA, Gérard-Marie/ODUMEGWU, Andy Chukwuemeka, The Effects of Neocolonialism on Africa’ Development, *PanAfrican Journal of Governance and Development* 4 (No. 2, 2023), 3-35.
- KÄMMERER, Jörn Axel, Begriff, Geschichte und Rechtsquellen des Völkerrechts, in: Proelß, Alexander (Hrsg.), *Völkerrecht*, 9. Auflage, Berlin/Boston 2024, 1-106.
- Colonialism (January 2018), in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).
- Das Völkerrecht des Kolonialismus: Genese, Bedeutung und Nachwirkungen, *Verfassung und Recht in Übersee* 39 (2006), 397-424.
- KAHN, Paul W., *The Cultural Study of Law*, Chicago/London 1999.
- KAVOORI, Anandam P., Postcolonial or Neocolonial? Defining the Grounds of Research in Global Communications Studies – Getting Past the Latest “Post”: Assessing the Term “Post-Colonial”, *Critical Studies in Mass Communication* 15 (1998), 195-203.

- KHAN, Rahmatullah, Decolonization (May 2011), in: Peters, Anne (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).
- KIRTON, John J./TREBILCOCK, Michael J., Introduction: Hard Choices and Soft Law in Sustainable Global Governance, in: dies. (Hrsg.), Hard Choices, Soft Law – Voluntary Standards in Global Trade, Environment and Social Governance, Aldershot/Burlington 2004, 3-29.
- KLABBERS, Jan, International Law, 4. Auflage, Cambridge 2024.
- An Introduction to International Organizations Law, 3. Auflage, Cambridge 2015.
- KLEINLEIN, Thomas, Fortsetzung des Kolonialismus im Völkerrecht der Gegenwart? – Grundlagen, Strukturen, Methoden, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht 52 (2024), 11-44.
- KLEINSCHMIDT, Harald, Die ungleichen völkerrechtlichen Verträge des 19. Jahrhunderts und der europäischen Kolonialismus, Zeitschrift für Weltgeschichte 13 (2012), 113-160.
- KLEMENT, Jan Henrik, Verantwortung – Funktion und Legitimation eines Begriffs im Öffentlichen Recht, Tübingen 2006.
- KNAUFF, Matthias, Der Regelungsverbund: Recht und Soft Law im Mehrebenensystem, Tübingen 2010.
- KOKOTT, Juliane/MÄLKSOO, Lauri, States, Sovereign Equality (March 2023), in: Peters, Anne (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).
- KOLVENBACH, Walter, Bhopal – Storm over the Multinationals?, Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht 15 (1986), 47-69.
- KRAJEWSKI, Markus, Völkerrecht, 3. Auflage, Baden-Baden 2023.
- Legitimationsfragen internationaler Rahmenwerke für die CSR-Berichterstattung: Inhalt, Regelgeber und Durchsetzungsmechanismen, Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht 47 (2018), 271-294.
- KRIENER, Florian, Intervention, Prohibition of (August 2023), in: Peters, Anne (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).
- KUNIG, Philip, Zum Dogma der unantastbaren Menschenwürde, in: Gröschner, Rolf/Lembcke, Oliver W. (Hrsg.), Das Dogma der Unantastbarkeit, Tübingen 2009, 121-132.
- LANGAN, Mark, Neo-Colonialism and the Poverty of ‘Development’ in Africa, Cham 2018.
- Budget Support and Africa-European Union Relations: Free Market Reform and Neo-Colonialism, European Journal of International Relations 21 (2015), 101-121.
- LANGAN, Mark/PRICE, Sophia, Imperialisms Past and Present in EU Economic Relations with North Africa, Interventions – International Journal of Postcolonial Studies 22 (2020), 703-721.
- LAWSON, Stephanie, Postcolonialism, Neo-Colonialism and the “Pacific Way”: A Critique of (Un) Critical Approaches, State, Society and Governance in Melanesia (SSGM) Discussion Paper 2010/4, The Australian National University, Canberra 2010.
- LEE, Yvonne C.L., A Reversal of Neo-Colonialism: The Pitfalls and Prospects of Sovereign Wealth Funds, Georgetown Journal of International Law 40 (2009), 1103-1149.
- LEGUM, Colin, Pan-Africanism – A Short Political Guide, London/Dunmow 1962.
- LEIBHOLZ, Gerhard, Zur Begriffsbildung im öffentlichen Recht, Blätter für Deutsche Philosophie 5 (1931/32), 175-189.
- LENIN, Wladimir Iljitsch, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin 1945.
- LEPSIUS, Oliver, Was kann die deutsche Staatsrechtslehre von der amerikanischen Rechtswissenschaft lernen?, in: Schulze-Fielitz, Helmuth (Hrsg.), Staatsrechtslehre als Wissenschaft, Berlin 2007, 319-366.
- LEYS, Colin, Underdevelopment in Kenya – The Political Economy of Neo-Colonialism 1964-1971, Berkeley/Los Angeles 1974.
- LI, Jiangfeng, Equal or Unequal: Seeking a New Paradigm for the Misused Theory of “Unequal Treaties” in Contemporary International Law, Houston Journal of International Law 38 (2016), 465-498.
- LUHMANN, Niklas, Soziale Systeme – Grundriß einer allgemeinen Theorie, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1993.
- Soziologie als Theorie sozialer Systeme, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 19 (1967), 615-644.
- LUMUMBA-KASONGO, Tukumbi, China-Africa Relations: A Neo-Imperialism or Neo-Colonialism? A Reflection, African and Asian Studies 10 (2011), 234-266.
- MAEKAWA, Ichiro, Cold War and Decolonisation: The British Response to Soviet Union Anti-Colonialism in Sub-Saharan Africa, The Journal of Imperial and Commonwealth History 51 (2023), 182-210.
- MARQUIER, Julia, Soft Law: Das Beispiel des OSZE Prozesses – Ein Beitrag zur völkerrechtlichen Rechtsquellenlehre, Bonn 2003.

- MARTIN, Guy, Africa and the Ideology of Eurafrica: Neo-Colonialism or Pan-Africanism?, *The Journal of Modern African Studies* 20 (1982), 221-238.
- MASTRONARDI, Philippe, Juristisches Denken, 2. Auflage, Bern/Stuttgart/Wien 2003.
- MERTEN, Detlef, Zur Würde des Staates, in: Depenheuer, Otto/Heintzen, Markus/Jestaedt, Matthias/Axer, Peter (Hrsg.), *Staat im Wort – Festschrift für Josef Isensee*, Heidelberg 2007, 123-134.
- MESTMÄCKER, Ernst-Joachim, Macht-Recht-Wirtschaftsverfassung, *Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht* 137 (1973), 97-111.
- METT, Frauke, Das Konzept des Selbstbestimmungsrechts der Völker, Frankfurt am Main 2004.
- MÖLLERS, Christoph, Theorie, Praxis und Interdisziplinarität in der Verwaltungsrechtswissenschaft, *Verwaltungsarchiv* 93 (2002), 22-61.
- MORENO, Naomi/PUIGREFAGUT, Alejandro/YÁRNOZ, Ignacio, The European Union's Soft Power: Image Branding or Neo-Colonialism?, Center for Global Affairs & Strategic Studies Working Paper 05/2018, Universidad de Navarra, 2018.
- MORLOK, Martin, Diskussionsbeitrag, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 62 (2003), 112-114.
- NIPPERDEY, Hans Carl, Diskussionsbeitrag, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 12 (1954), 92-98.
- NKRUMAH, Kwame, *Neo-Colonialism – The Last Stage of Imperialism*, London 1965.
- NOLTE, Georg, Kulturelle Vielfalt als Herausforderung für das Völkerrecht, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 43 (2008), 1-37.
- NOWROT, Karsten, Steuerungssubjekte und -mechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht, in: Tietje, Christian/Nowrot, Karsten (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 3. Auflage, Berlin/Boston 2022, 68-128.
- Das gesellschaftliche Transformationspotential der Sustainable Development Goals – Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und außerrechtliche Nachhaltigkeitsvoraussetzungen, Hamburg 2020.
 - Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft – Methodische Annäherungen an die Normalität eines Verfassungsprinzips, Tübingen 2014.
 - Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, Berlin 2006.
- ODJIE, Michael E., Unintentional Neo-Colonialism? Three Generations of Trade and Development Relationship between EU and West Africa, *Journal of European Integration* 44 (2022), 347-363.
- OGURLU, Ebru, European Neo-Colonialism in Africa, *International Journal of Political Studies* 4 (2018), 2-21.
- OSTERHAMMEL, Jürgen/JANSEN, Jan C., *Kolonialismus – Geschichte, Formen, Folgen*, 9. Auflage, München 2021.
- PAPIER, Hans-Jürgen, Die Würde des Menschen ist unantastbar, in: Grote, Rainer/Härtel, Ines/Hain, Karl-E. u.a. (Hrsg.), *Die Ordnung der Freiheit – Festschrift für Christian Starck zum siebzigsten Geburtstag*, Tübingen 2007, 371-382.
- PAYANDEH, Mehrdad, Klare Worte und konstruktive Ambiguität – Das Gutachten des IGH zur Völkerrechtswidrigkeit der israelischen Präsenz auf palästinensischem Territorium, *JuristenZeitung* 2024, 789-800.
- PETERS, Anne, Treaties, Unequal (February 2018), in: dies. (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).
- PETERS, Anne/PETRIG, Anna, *Völkerrecht – Allgemeiner Teil*, 6. Auflage, Zürich/Genf/Heidelberg 2023.
- PIPPAN, Christian, Zur Direktionskraft des Rechts auf innere Selbstbestimmung, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 76 (2016), 497-511.
- POSNER, Richard A., *Frontiers of Legal Theory*, Cambridge 2004.
- PRIESS, Hans-Joachim, Die völkerrechtlichen Grenzen der Nutzung natürlicher Ressourcen in Gebieten ohne Selbstregierung: Zum wirtschaftlichen Gehalt des Selbstbestimmungsrechts der Völker, in: Delbrück, Jost/Heinz, Ursula/Odendahl, Kerstin/Matz-Lück, Nele/Arnould, Andreas von (Hrsg.), *Aus Kiel in die Welt: Kiel's Contribution to International Law – Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht*, Berlin 2014, 635-658.
- PUIG, Gonzalo Villalta/OHIOCHEOYA, Omiunu, Regional Trade Agreements and the Neo-Colonialism of the United States of America and the European Union: A Review of the Principle of Competitive Imperialism, *Liverpool Law Review* 32 (2011), 225-235.
- RADBRUCH, Gustav, *Rechtsphilosophie*, 3. Auflage, Leipzig 1932.
- RAHAMAN, Shafiqur/YEAZDANI, Rawshan/MAHMUD, Rashed, The Untold History of Neocolonialism in Africa (1960-2011), *History Research* 5 (2017), 9-16.
- RAO, Nagesh, "Neocolonialism" or "Globalization"? Postcolonial Theory and the Demands of Political Economy, *Interdisciplinary Literary Studies* 1 (2000), 165-184.
- REINHARD, Hans, *Rechtsgleichheit und Selbstbestimmung der Völker in wirtschaftlicher Hinsicht*, Berlin 1980.

- RICH, Timothy S./RECKER, Sterling, Understanding Sino-African Relations: Neocolonialism or a New Era?, *Journal of International and Area Studies* 20 (2013), 61-76.
- ROSSI, Mario The Third World – The Unaligned Countries and the World Revolution, New York 1963.
- ROY, Alpana, Postcolonial Theory and Law: A Critical Introduction, *Adelaide Law Review* 29 (2008), 315-357.
- SACKSOFSKY, Ute, Der Schutz der Würde des Menschen – Ein absolutes Versprechen in Zeiten relativer Gewissheiten, in: Masing, Johannes/Wieland, Joachim (Hrsg.), *Menschenwürde-Demokratie-Christliche Gerechtigkeit*, Berlin 2011, 23-38.
- SATRE, Jean-Paul, *Situations, V: Colonialisme et Néo-Colonialisme*, Paris 1964.
- SATZGER, Helmut, *Internationales und Europäisches Strafrecht*, 10. Auflage, Baden-Baden 2022.
- SAVIGNY, Friedrich Carl von, *System des heutigen Römischen Rechts*, Band 1, Berlin 1840.
- SCHACHTER, Oscar, The Nature and Process of Legal Development in International Society, in: Macdonald, R. St.J./Johnston, Douglas M. (Hrsg.), *The Structure and Process of International Law: Essays in Legal Philosophy Doctrine and Theory*, The Hague/Boston/Lancaster 1983, 745-808.
- SCHMIDT-JORTZIG, Edzard, Systematische Bedingungen der Garantie unbedingten Schutzes der Menschenwürde in Art. 1 GG, *Die Öffentliche Verwaltung* 54 (2001), 925-932.
- SCHMITZ, Yves, „Luxemburg war nie eine Kolonialmacht“ – Eine kritische Einführung, Mersch 2024.
- SCHNAPP, Friedrich E., *Stilfibel für Juristen*, Münster 2004.
- SCHWEBEL, Stephen M., The Legal Effect of Resolutions and Codes of Conduct of the United Nations, in: ders., *Justice in International Law – Selected Writings of Stephen M. Schwebel*, Cambridge 1994, 499-513.
- SCHWEISFURTH, Theodor, *Völkerrecht*, Tübingen 2006.
- SHAW, Malcolm N., *International Law*, 9. Auflage, Cambridge 2021.
- SHAW, Timothy M., Beyond Neo-Colonialism: Varieties of Corporatism in Africa, *The Journal of Modern African Studies* 20 (1982), 239-261.
- SHRIMPTON, Sophie, Economic Neocolonialism and Free Trade in the Pacific, *Public Interest Law Journal of New Zealand* 8 (2021), 81-103.
- SIMMA, Bruno/KHAN, Daniel-Erasmus/NOLTE, Georg/PAULUS, Andreas (Hrsg.), *The Charter of the United Nations – A Commentary*, Band 1, 4. Auflage., Oxford 2024.
- SLOAN, Blaine, General Assembly Resolutions Revisited (Forty Years Later), *British Yearbook of International Law* 58 (1987), 39-150.
- SLOAN, James, Civilized Nations (April 2011), in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).
- SMITH, Stewart, *U.S. Neocolonialism in Africa*, New York 1974.
- SOHN, Louis B., Enhancing the Role of the General Assembly of the United Nations in Crystallizing International Law, in: Makarczyk, Jerzy (Hrsg.), *Theory of International Law at the Threshold of the 21st Century – Essays in Honour of Krzysztof Skubiszewski*, The Hague/London/Boston 1996, 549-561.
- STARSKI, Paulina/KÄMMERER, Jörn Axel, Imperial Colonialism in the Genesis of International Law – Anomaly or Time of Transition?, *Journal of the History of International Law* 19 (2017), 50-69.
- STEIN, Torsten/BUTTLAR, Christian von/KOTZUR, Markus, *Völkerrecht*, 15. Auflage, München 2024.
- STEMBERG, Harald, *Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten*, Berlin 1983.
- STERN, Klaus, *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Band IV/1, München 2006.
- TAMS, Christian J./BERSTER, Lars/SCHIFFBAUER, Björn, *The Genocide Convention, Article-by-Article Commentary*, 2. Auflage, München 2024.
- THÜRER, Daniel, „Soft Law“ – eine neue Form von Völkerrecht?, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F.* 104 (1985), 429-453.
- THÜRER, Daniel/BURRI, Thomas, Self-Determination (December 2008), in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 28. Dezember 2024).
- TIETJE, Christian, *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, Berlin 2001.
- Normative Grundstrukturen der Behandlung nichttarifärer Handelshemmnisse in der WTO/GATT-Rechtsordnung, Berlin 1998.
- TOMUSCHAT, Christian, *International Law: Ensuring the Survival of Mankind on the Eve of a New Century*, *Recueil des Cours* 281 (1999), 9-438.
- Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 36 (1976), 444-491.
- TOURÉ, Sékou, Africa's Future and the World, *Foreign Affairs* 41 (1962), 141-151.
- UKPE, Essien U., Neo-Colonialism and Debt Crisis: A Challenge to Development in Africa (A Case Study of Nigeria), *AKSU Journal of Administration and Corporate Governance* 1 (No. 1, 2021), 49-71.

- UZOIGWE, Godfrey N., Neocolonialism is Dead – Long Live Neocolonialism, *Journal of Global South Studies* 36 (2019), 59-87.
- VERDROSS, Alfred/SIMMA, Bruno, *Universelles Völkerrecht*, 3. Auflage, Berlin 1984.
- WALLERSTEIN, Immanuel M., *Africa – The Politics of Unity: An Analysis of a Contemporary Social Movement*, New York 1967.
- WANKI, Justin Ngambu, The Right to Development in Francophone Africa: Post-colonial Agreements, Sovereign Authority and Control over Natural Resources, *African Human Rights Law Journal* 23 (2023), 228-255.
- WEBER, Nicki K., Neokolonialismus genau betrachtet – Versuch einer umfassenderen Begriffsbestimmung, *Wissenschaft & Frieden* 2/2022, 28-31.
- WEINHARDT, Clara, The EU as a Friend of the Developing World? Self-Portrayal and Outside Perceptions in the Negotiations of Economic Partnership Agreements, in: Lieb, Julia/von Ondarza, Nicolai/Schwarzer, Daniela (Hrsg.), *The European Union in International Fora*, Baden-Baden 2011, 99-114.
- WENGLER, Wilhelm, *Rechtsvertrag, Konsensus und Absichtserklärung im Völkerrecht*, *Juristen-Zeitung* 31 (1976), 193-197.
- WERLE, Gerhard/JESSBERGER, Florian, *Völkerstrafrecht*, 5. Auflage, Tübingen 2020.
- WISE, James, *Thailand – History, Politics and the Rule of Law*, Singapur 2019.
- WITTICH, Stephan, Das Interventionsverbot, in: Reinisch, August (Hrsg.), *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts*, Band I, 6. Auflage, Wien 2021, 459-463.
- WODDIS, Jack, *An Introduction to Neo-Colonialism*, London 1967.
- WYATT, David K., *Thailand – A Short History*, New Haven/London 1984.
- YOUNG, Robert J.C., *Postcolonialism – An Historical Introduction*, Chichester 2016.
- ZEMANEK, Karl, Is the Term “Soft Law” Convenient?, in: Hafner, Gerhard/Loibl, Gerhard/Rest, Alfred/Sucharipa-Behrmann, Lilly/Zemanek, Karl (Hrsg.), *Liber Amicorum Professor Ignaz Seidl-Hohenveldern in Honour of his 80th Birthday*, The Hague/London/Boston 1998, 843-862.
- ZIAI, Aram, Neocolonialism in the Globalised Economy of the 21st Century: An Overview, *Momentum Quarterly* 9 (2020), 128-140.
- ZIMMERMANN, Andreas, Die neuen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU: WTO-Konformität versus Entwicklungsorientierung?, *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht* 2009, 1-6.
- ZIMMERMANN, Andreas/TAMS, Christian J. (Hrsg.), (Hrsg.), *The Statute of the International Court of Justice – A Commentary*, 3. Auflage, Oxford 2019.

Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

ISSN 2366-0260 (print) / ISSN 2365-4112 (online)

Bislang erschienene Hefte

Heft 1

Felix Boor, Die Yukos-Enteignung. Auswirkungen auf das Anerkennungs- und Vollstreckungssystem aufgehobener ausländischer Handelsschiedssprüche

Heft 2

Karsten Nowrot, Sozialökonomie als disziplinäre Wissenschaft. Alternative Gedanken zur sozialökonomischen Forschung, Lehre und (Eliten-) Bildung

Heft 3

Florian Hipp, Die kommerzielle Verwendung von frei zugänglichen Inhalten im Internet

Heft 4

Karsten Nowrot, Vom steten Streben nach einer immer wieder neuen Weltwirtschaftsordnung. Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung des Internationalen Wirtschaftsrechts

Heft 5

Karsten Nowrot, Jenseits eines abwehrrechtlichen Ausnahmecharakters. Zur multidimensionalen Rechtswirkung des Widerstandsrechts nach Art. 20 Abs. 4 GG

Heft 6

Karsten Nowrot, Grundstrukturen eines Beratungsverwaltungsrechts

Heft 7

Karsten Nowrot, Environmental Governance as a Subject of Dispute Settlement Mechanisms in Regional Trade Agreements

Heft 8

Margaret Thornton, The Flexible Cyborg: Work-Life Balance in Legal Practice

Heft 9

Antonia Fandrich, Sustainability and Investment Protection Law. A Study on the Meaning of the Term *Investment* within the ICSID Convention

Heft 10

Karsten Nowrot, Of “Plain” Analytical Approaches and “Savior” Perspectives: Measuring the Structural Dialogues between Bilateral Investment Treaties and Investment Chapters in Mega-Regionals

Heft 11

Maryna Rabinovych, The EU Response to the Ukrainian Crisis: Testing the Union’s Comprehensive Approach to Peacebuilding

Heft 12

Marita Körner, Die Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union: Struktur und Ordnungsprinzipien

Heft 13

Christin Krusenbaum, Das deutsche Krankenversicherungssystem auf dem Prüfstand – Ist die Bürgerversicherung die ultimative Alternative?

Heft 14

Marita Körner, Age Discrimination in the Context of Employment

Heft 15

Avinash Govindjee/ Judith Brockmann/ Manfred Walser, Atypical Employment in an International Perspective

Heft 16

Cara Paulina Gries, Gesetzliche Barrieren bei der Integration von geduldeten Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt

Heft 17

Karsten Nowrot, Aiding and Abetting in Theorizing the Increasing Softification of the International Normative Order - A Darker Legacy of Jessup’s *Transnational Law*?

Heft 18

Matti Riedlinger, Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz: Implementierung von Corporate Social Responsibility Berichtspflichten in nationales Recht

Heft 19

Karsten Nowrot, “Competing Regionalism” vs. “Cooperative Regionalism”: On the Possible Relations between Different Regional Economic Integration Agreements

Heft 20

Karsten Nowrot, The 2017 EU Conflict Minerals Regulation: An Effective European Instrument to Globally Promote Good Raw Materials Governance?

Heft 21

Karsten Nowrot, The Other Side of Rights in the Processes of Constitutionalizing International Investment Law: Addressing Investors' Obligations as a New Regulatory Experiment

Heft 22

Karsten Nowrot/Emily Sipiorski, Arbitrator Intimidation and the Rule of Law: Aspects of Constitutionalization in International Investment Law

Heft 23

Karsten Nowrot, European Republicanism in (Legitimation) Action: Public Participation in the Negotiation and Implementation of EU Free Trade Agreements

Heft 24

Karsten Nowrot, Non-Recognized Territorial Entities in the Post-Soviet Space from the Perspective of WTO Law: Outreach to Outcasts?

Heft 25

Marita Körner, Beschäftigtendatenschutz im Geltungsbereich der DSGVO

Heft 26

Vladlena Lisenko/Karsten Nowrot, The 2018 Pridnestrovian Law on State Support for Investment Activities: Some Thoughts on an Investment Statute in a Frozen Conflict Situation

Heft 27

Marita Körner, Die Rolle des Betriebsrats im Beschäftigtendatenschutz

Heft 28

Nadia Kornioti/Karsten Nowrot, Looking Back to Learn for the Future?: The Work of the ILA on the Issue of Human Rights in Times of Emergency in the 1980s

Heft 29

Marita Körner, Der Betriebsrat als datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle

Heft 30

Karsten Nowrot/Emily Sipiorski, (De-) Constitutionalization of International Investment Law?: Narratives from Africa

Heft 31

Felix Boor, Die beschleunigte Landreform Mugabes vor deutschen Gerichten - der „Hamburger Kaffeestreit“

Heft 32

Karsten Nowrot, Corporate Legal and Social Responsibility as an Issue of International Investment Agreements: A Suitable Role Model for the WTO Legal Order?

Heft 33

Julius Adler, Der Grundsatz der „Full Protection and Security“ im internationalen Investitionsschutzrecht - Bedeutung in Theorie und Praxis

Heft 34

Sebastian Barth, Gefangenearbeit: Meilen- oder Stolperstein der Resozialisierung? Eine rechtliche Betrachtung von Gefangenearbeit in Bezug auf das Resozialisierungsziel

Heft 35

Karsten Nowrot, Das gesellschaftliche Transformationspotential der Sustainable Development Goals: Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und außerrechtliche Nachhaltigkeitsvoraussetzungen

Heft 36

Karsten Nowrot, Illegal Trade in Wild Animals and Derived Products during Armed Conflicts: What Role for International Wildlife Agreements?

Heft 37

Emily Sipiorski, The Seabed and Scientific Legitimization of International Law: Transforming Narratives of Global Justice

Heft 38

Matti Riedlinger, Mitwirkung des Betriebsrats im Insolvenzplanverfahren

Heft 39

Karsten Nowrot, „Long Live Deglobalization“ vs. „Free Trade Saves Lives“: Die Rolle des Internationalen Wirtschaftsrechts in Zeiten der Corona-Krise

Heft 40

Emily Sipiorski, Cocoa and International Law: Some Remarks on the Contradictions and Symmetry in the Role of Private Actors in Elevating and Unifying Standards

Heft 41

Karsten Nowrot, Vertragskonkurrenz zwischen Menschenrechtsverträgen und Wirtschaftsabkommen in der internationalen Rechtsordnung: Überlegungen zu einem aktuellen völkervertragsrechtlichen Hierarchisierungskonzept

Heft 42

Felix Boor, Das Vertragsverletzungsverfahren gegen das ungarische Hochschulgesetz und seine Auswirkungen auf die Internationalisierung des Europäischen Verwaltungsrechts

Heft 43

Kerrin Kobes, Selbstbestimmung am Lebensende - Eröffnete das BVerfG die Tür einer Suizidassistenten für psychisch Erkrankte?

Heft 44

Laura Kristin Hass, Infektionsschutzgesetz: Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseinschränkungen am Beispiel von Kontaktbeschränkungen
Fulya Zeiml, Die Verfassungsmäßigkeit von Ausgangssperren anlässlich der Corona-Pandemie

Heft 45

Ferdinand Schönberg, Sanktionen im Sozialrecht: Änderungsvorschlag zur Vereinbarkeit mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums

Heft 46

Kristina Hellwig/Karsten Nowrot, Towards Investors' Responsibilities in International Investment Agreements – A Path for China?

Heft 47

Kai-Oliver Knops, Whatever it takes? - Zur (Un-) Wirksamkeit der Umlage von sog. „Negativzinsen“ auf Kreditinstitute und deren Kunden im EURO-Raum

Heft 48

Joana Kimmich, Die Corona-Pandemie als Stunde der Exekutive – Verfassungsrechtliche Überprüfung der Impfpriorisierung

Heft 49

Laura Hass, Nachhaltiges Lieferkettenmanagement multinationaler Unternehmen in der Textilindustrie

Heft 50

Karsten Nowrot, Der Menschenwürde Werk und des Republikprinzips Beitrag - Gedanken und Anmerkungen zu Verbindungslinien zwischen zwei Konstitutionsprinzipien und ihren normativen Prägeeffekten auf das Verständnis der Grundrechte des Grundgesetzes

Heft 51

Vladlena Lisenco/Karsten Nowrot/Natalia Shchukina, Human Rights in Times of Health Emergencies: Legal Reflections on the COVID-19 Pandemic on Both Banks of the Dniester River

Heft 52

Karsten Nowrot, Die Europäische Union und der Krieg in der Ukraine – Eine wirtschaftsrechtliche Betrachtung

Heft 53

Karsten Nowrot, Klimaschutz und Bahnhofswald, Verfassungsrecht und rechtfertigender Notstand im Strafrecht – Gedanken und Anmerkungen zu einem überraschenden Urteil aus Flensburg

Heft 54

Karsten Nowrot, Post-Award Remedies in International Investment Arbitration: The Examples of Requests for Correction and Rectification as well as for Additional Awards or Supplementary Decisions

Heft 55

Karsten Nowrot, Völkerrechtliche Herausforderungen im Zusammenhang mit einer Verhandlungslösung im Ukraine-Konflikt

Heft 56

Karsten Nowrot, Aller notwendigen Dinge sind drei? Entwicklung und aktuelle Herausforderungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union

Heft 57

Karsten Nowrot, Fostering the Status of Asia's Sovereign Wealth Funds as Responsible Foreign Investors – The Progressive Development of International Legal Personality as a 'Silver Bullet'?

Heft 58

Karsten Nowrot, „Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“: Konzeptionelle Überlegungen zum verfassungsrechtlichen Grundstatus der Abgeordneten des Deutschen Bundestages gemäß Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG

Heft 59

Karsten Nowrot, Die OSZE und ihr Vergleichs- und Schiedsgerichtshof als potentielle Friedensermöglichungsakteure – Eine „schlafende“ Konfliktbeendigungsoption für den Ukraine-Krieg?

Heft 60

Karsten Nowrot, Von Seevölkerrecht und Selbstverteidigung: Völkerrechtliche Aspekte militärischer Maßnahmen gegen die Huthi im Kontext des aktuellen Nahostkonflikts

Heft 61

Karsten Nowrot, Was heißt Sozialökonomie im 21. Jahrhundert?

Heft 62

Karsten Nowrot, Die „Hessen“ gegen die Huthi – Der Einsatz im Rahmen der Operation EUNAVFOR SPIDES in der Rechtsordnungsgemeinschaft des Völker-, Europa- und Verfassungsrechts

Heft 63

Johanna Baues/Finn Henrik Wiese, Alliance of Small Island States - An example of a successful international climate alliance